Bericht über die Entwicklung in Polen, der CSR und Ungarn im September 1956

Polen

A. Innere Entwicklung

1. Politische Ereignisse 1
   a) Monat der polnisch-sowjetischen Freundschaft 1
   b) OCHAB auf dem Annaberg in Oberschlesien 1
   c) CYRANKIEWICZ vor dem polnischen Parlament 2
   d) Ehemaliger Sozialdemokrat ergreift das Wort in der Sejm-Debatte 3
   e) Ein ehemaliger Sozialdemokrat hat Bedenken 5
   f) Jugend und Journalisten protestieren gegen Pressekontrolle 5
   g) "Das Verhältnis zwischen den Parteien in Polen" 6
   h) Wahlen zum Parlament in Polen 6
   i) Mitglied des Politbüros schließt sich der Liberalisierungspolitik an 7

2. Wirtschaft
   a) Last der Investitionen 8
   b) Privater Wohnungsbau 9
   c) Statistische Equilibristik OCHABs 10
   d) Auflösungserscheinungen in den Kolchosen 11
   e) Schiffe aus eigener Produktion für Polen 12
   f) Uranfunde in Polen 13

3. Kulturelles Leben, soziale Probleme
   a) Kriegstrophäen zurückgegeben 13
   b) Gewerkschaften arbeiten neue Gesetzentwürfe aus 14

B. Polen und Ausland

1. Warschau fühlt sich bedroht 14
2. Protest gegen das KPD-Verbot 15
3. Erfahrungsaustausch mit TITO 16
4. Sowjetische Wirtschaftshilfe für Polen 16
5. Repatriierungsaktion aus der Sowjetunion 16 a

CSR
===

A. Allgemeiner Überblick 17
B. Wirtschaftspolitik
a) Plan und Wirklichkeit 19
b) Arbeiter und Gewerkschaften 19
c) Landwirtschaft 20
d) Handelsbeziehungen 22
C. Partei und Innenpolitik
a) Ideologische Ausrichtung 22
b) Rückkehr von Emigranten 23
c) Kirche 24
D. Außenpolitik
a) Allgemeines 24
b) DDR und CSR 24

Ungarn
======

A. Allgemeiner Überblick 27
B. Innenpolitik
a) Die "Demokratisierung" 30
b) Die "Vaterländische Front" 31
c) Rückkehr von Emigranten 31
d) Kirche und Staat 32
e) Die Revolte der Intellektuellen 33
f) Rehabilitierungen 33
g) Dezentralisierungsmaßnahmen 34
C. Wirtschaftspolitik
a) Sorgen um "eigenen Weg" 34
b) Gewerkschaften und Arbeiter 35
c) Landwirtschaftspolitik und Bauern 37
D. Außenpolitik
a) Beziehungen zu Jugoslawien und Österreich 38
b) Ungarische Minderheiten 39
E. Die ungarischen Streitkräfte 39

Polen

A. Innere Entwicklung

1. Politische Ereignisse

a) Warschau demonstriert zur Eröffnung des Monats der Polnisch-sowjetischen Freundschaft

Mit der polnisch-sowjetischen Freundschaft scheint es nicht ganz gut bestellt zu sein. Am 9. September wurde in Warschau ein Festakt zur Eröffnung des Monats der polnisch-sowjetischen Freundschaft abgehalten. Es fiel dabei auf, daß bei diesem Festakt nur ein Mitglied des polnischen Politbüros und dazu kein sehr bedeutendes (Außenminister Adam RAPACKI) vertreten war, außer ihm ein stellvertretendes Politbüromitglied.(Der Vizepremier JEDRYCHOWSKI). Eine Ansprache hielt der Sekretär desZentralkomitees, JAROSINSKI. In den vergangenen Jahren war es bei solchen Anläßen üblich, daß die wichtigsten Mitglieder des Politbüros und der Regierung erschienen, an deren Spitze der Erste Parteisekretär BIERUT und der Ministerpräsident CYRANKIEWICZ. Diesmal ist weder der Nachfolger BIERUTs, OCHAB, noch der Ministerpräsident CYRANKIEWICZ erschienen, auch der Vorsitzende des Staatsrates, ZWADZKI, war nicht vertreten. Die Abwesenheit der Erwähnten sowie der anderen bedeutenden Mitglieder des Politbüros und der Regierung kann nicht anders als eine Demonstration Warschaus gegenüber der Sowjetunion bewertet werden. Auch in dem Referat von JAROSINSKI fehlten die üblichen Akzente, dafür befanden sich dort ganz neue Akzente wie z. B. der Passus über die "Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern, die für beide Seiten immer bessere Ergebnisse zeitigt." Auch bei den anderen Veranstaltungen, die aus Anlaß des Monats der polnisch-sowjetischen Freundschaft abgehalten wurden, fiel es auf, daß sie in sehr bescheidenem Rahmen gehalten waren.
Bei der Betonung der Verbundenheit zwischen dem polnischen und den sowjetischen Völkern wurden stets an erster Stelle das ukrainische und das bjelorussische Volk erwähnt, während "der große russische Bruder" fast keine Rolle spielte.

b) Eduard OCHAB auf dem Annaberg in Oberschlesien

Aus Anlaß des 35. Jahrestages des Dritten polnischen Aufstandes in Oberschlesien wurde eine große Manifestation auf dem Annaberg veranstaltet, bei der der Erste Sekretär des ZK, Eduard OACHAB, eine Ansprache hielt. In seiner Rede betonte er die wichtige Rolle, die der schlesische Raum in der polnischen Wirtschaft spiele. Allein die Wojewodschaft kattowitz liefere 25 % der industriellen Gesamtproduktion Polens; die drei Wojewodschaften Kattowitz, Oppeln und Breslau, die den ganzen schlesischen Raum umfassen, produzierten sogar 40 % der industriellen Erzeugnisse.

Weiter stellte OCHAB fest, daß die bürgerliche Demokratie keinen Vergleich mit der Volksdemokratie aushält, die nach seiner Meinung viel fortschrittlicher ist. Das schlesische Volk habe erst in der Volksdemokratie sein volles Recht gefunden. Er betonte, daß Schlesien seit J hren polnisch, auch für die Ewigkeit polnisch bleiben soll und führte wörtlich aus:

> "Aus Westdeutschland kommen zu uns Stimmen verschiedener Art von reaktionären Gruppen, vor allem von den sogenannten Landsmannschaften, aus denen hervorgeht, daß diese immer noch hoffen, in den Besitz unserer Gebiete zu kommen. Jeder nüchtern denkende Mensch hat längst eingesehen, daß solche revisionistischen Pläne völlig ohne reelle Grundlage sind. Man möchte an die Adresse solcher Reaktionäre ausrufen: Ihre Zeiten sind vorbei, meine Herren, nicht für Euch arbeitet die Geschichte!"

c) Ministerpräsident CYRANKIEWICZ vor dem polnischen Parlament

Am 5. September begann die IX. Tagung des Polnischen Parlaments. Der Ministerpräsident CYRANKIEWICZ gab eine Regierungserklärung ab, in der er u. a. die wachsende Bedeutung und die Autorität des Sejm betonte, die einer der wesentlichen Faktoren des Demokratisierungsprozesses in Polen sei.

CYRANKIEWICZ meinte, daß schon die vorangegangene Tagung des Sejm einen Beweis lieferte, daß sich das polnische volksparlamentarische System "auf selbständige Weise entwickelt und seine Arbeitsformen schöpferisch gestaltet."

Er stellte weiter fest:

> "Es ist kein Geheimnis und wir versuchen nicht, dem Plenum zu verheimlichen, daß sich zwischen der Partei und einigen Schichten der Bevölkerung eine Note der Meinungsverschiedenheit und des Mißtrauens eingeschlichen hatte. Die Partei erkannte es als ihre wichtigste und dringendste Aufgabe, jegliche Uneinigkeit, alles Mißtrauen, das in ihre Beziehungen zu gewissen Schichten der werktätigen Bevölkerung Eingang gefunden hatte, zu beseitigen."

CYRANKIEWICZ sprach weiter über die Anstrengungen der Partei und der Regierung, die hinsichtlich einer systematischen Hebung des Lebensstandards der werktätigen Massen vorgenommen werden. Er stellte fest, daß bis zum 1. September d. J. die Löhne von über 3 1/4 Millionen Arbeitern und Angestellten erhöht worden seien. Eines der brennendsten Probleme des heutigen Polen sei weiter die Wohnungsfrage. Es sollen zwar im Laufe des Fünfjahrplanes

1,2 Millionen Wohnräume hergestellt werden, da aber der natürliche Bevölkerungszuwachs sehr hoch ist, bedeute auch das keine wesentliche Besserung der allgemeinen Wohnungslage. Die Regierung mache sich alle Mühe, um die Lage des Handwerks zu verbessern und den Handwerkern normale Existenz- und Entwicklungsbedingungen zu geben. Auch der Handel solle dezentralisiert werden und außerdem solle die Tätigkeit der Handelszentralen, die eine übermäßig ausgebaute Vermittlerrolle spielten, beschränkt werden. CYRANKIEWICZ meinte, daß eine gründliche kritische Analyse der Fehler und Entstellungen der vergangenen Zeit die übermäßige Zentralisierung des Wirtschaftsapparates als eine der Ursachen der Unzulänglichkeiten des bisherigen wirtschaftlichen Systems aufdecke. Die Linie der beabsichtigten Reformen kann als Dezentralisierung, als Ausbau des Systems der materiellen Anreize, als Erhöhung der Initiative der Belegschaften und somit als allgemeine Steigerung des Interesses der Arbeiter und Angestellten am Produktionsprozeß, als Erhöhung des Verantwortungsbewußtseins der gesamten Belegschaft bezeichnet werden.

Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß esnotwendig ist, vonseiten der Industrie geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine wesentliche Erhöhung der Exportproduktion, vor allem der Qualität der exportierten Maschinen und Ausrüstungen, zu erreichen und die Termindisziplin bei Exportlieferungen zu festigen. Er betonte, daß sich infolge der notwendigen Reduzierung der Kohlenexporte die wirtschaftliche Lage Polens wesentlich verschlechtert habe. Er machte auch keinen Hehl daraus, daß die allgemeine wirtschaftliche Lage in Polen alles andere als gut sei.

d) Ein ehemaliger Sozialdemokrat ergreift das Wort in der Sejm-Debatte

Das ehemalige Mitglied der polnischen sozialistischen Partei, Julian HOCHFELD, ergriff das Wort in der Debatte des polnischen Parlaments und verteidigte die polnische Presse, die von einem kommunistischen Abgeordneten wegen ihrer Haltung in der Diskussion, die seit Monaten in Polen andauert, angegriffen wurde. Der kommunistische Abgeordnete meinte, daß manche Journalisten eine übertriebene Meinung von der Rolle der Presse in der Entwicklung des Demokratisierungsprozesses haben und stellte weiter fest, daß die Presse manchmal eine schädliche Rolle in dieser Diskussion spielte. HOCHFELD war dagegen der Meinung, daß die Presse ein erprobtes Instrument bei der Widerspiegelung der Meinung der Volksmassen ist, daß sie eine Reihe neuer Probleme aufstellte, unter ihnen das Problem des wirksamen Funktionierens des Parlaments.

"Die Erfahrungen der letzten Jahre haben deutlich darauf hingewiesen, welche Konsequenzen es hat, wenn die Regierung nicht

kontrolliert wird, auch wenn sie die besten Vorsätze hat. Jede Regierung muß wählbar, abberufbar sein und unter Kontrolle stehen, weil auch ein Kollektiv Fehler begehen kann."

Eines der wichtigsten Probleme der demokratischen Staatslenkung ist die richtige Ausübung der konstitutionellen gesetzgeberischen und Kontrollpflichten durch das Parlament.

HOCHFELD vertritt die Meinung, daß gerade hier das Hauptgewicht auf die Garantie gelegt werden müsse, daß der Demokratisierungsprozess institutionell gesichert wird. Dieser Prozeß dürfe nicht einfach vom guten oder bösen Willen einer Persönlichkeit oder eines Kollektivs abhängen. Darüber sind sich nach Feststellung Hochfelds auch die meisten Männer in den führenden Regierungs- und Parteistellen einig. Die wesentliche Meinungsverschiedenheit beginne erst dann, wenn man vor dem Problem des Verhältnisses zwischen dem Sejm und der Partei stehe. Bekannterweise, meinte HOCHFELD, habe die Partei eine führende Position im System der Diktatur des Proletariats. Leider läßt HOCHFELD diesen wichtigen Punkt seiner Überlegungen offen und formuliert nicht, wie nach seiner Meinung oder nach Meinung der Regierenden das Verhältnis zwischem dem Sejm und dem Zentralkomitee der Partei aussehen soll.

HOCHFELD kam bei seiner Rede auch auf die Posener Ereignisse zu sprechen. Er stellte fest, daß diese Ereignisse eine unerhörte Bedeutung für das ganze polnische Volk hatten und daß es die Pflicht des Parlaments sei, sich dieser Ereignisse anzunehmen. Er fragte, warum man nicht sofort nach dem Aufstand in Posen das Parlament einberufen habe oder den Ausschuß des Parlaments für die Verwaltung und das Justizwesen. Er stellte ironisch fest, daß keine Rede von der Ausübung der Abgeordnetenpflichten sein kan, wenn diese Abgeordneten keine Einsicht in die Untersuchung, die im Zusammenhang mit den Posener Ereignissen geführt wird, haben.

Derselbe Julian HOCHFELD schrieb einen Artikel über die Rolle des Parlaments in Polen in der Zeitung "Zycie Warszawy" vom 23./24. September 1956 und erinnerte die polnische Öffentlichkeit an die traurige und demütigende Rolle, die der Sejm in den letzten Jahren spielte. Alle Regierungsvorschläge wurden damals den völlig unvorbereiteten Abgeordneten vorgelegt und von ihnen sofort ohne Diskussion akzeptiert. HOCHFELD erinnerte an die, wie er das bezeichnete, tragischen Tatsachen, wie die Aufhebung der Immunität mancher Abgeordneten, wie GOMULKA und SPYCHALSKI, die man später den Militärgerichten auslieferte. Die Aufhebung der Immunität dauerte damals nur wenige Sekunden und wurde ohne Protest stillschweigend angenommen.

e) Ein anderer ehemaliger Sozialdemokrat hat Bedenken

Bei der letzten Parlamentsdebatte in Warschau, die in der ersten Hälfte des Monats September abgehalten wurde, ergriff ein anderer ehemaliger sozialdemokratischer Abgeordneter das Wort: DROBNER, der schon bei der letzten Tagung als Verfechter der Rechte des Parlaments gegenüber der Exekutive besonders scharf auftrat. Auch diesmal erfüllte DROBNER die in ihn gelegten Erwartungen. Dem Parlament wurde seitens der Regierung eine Reihe der personellen Veränderungen bei der Exekutivspitze zur Bestätigung vorgelegt, darunter die Nominierung des ehemaligen Vorsitzenden der Staatlichen Wirtschaftsplanungskommission, SZYR, der in den letzten Wochen zum Minister des Bauwesens ernannt wurde. Gegen diese Nominierung protestierte DROBNER sehr temperamentvoll und stellte fest, daß ein Mann, der jahrelang die Wirtschaftsplanungskommission leitete, und für ihre Fehler verantwortlich sei, keine Ministerstellung in der Regierung einnehmen dürfe. Er verlangte eine Abstimmung über seinen Vorschlag, aber nur vier Abgeordnete waren seiner Meinung. Immerhin muß betont werden, daß ein derartiger Vorgang vor ein paar Jahren undenkbar gewesen wäre.

f) Die Jugend und die Journalisten protestieren gegen Pressekontrolle

"Trybuna Ludu" vom 21. September berichtete über die Plenarsitzung des Verbandes der Polnischen Jugend in Warschau. Wie die Zeitung hervorhebt, haben die meisten Redner scharf gegen das Amt für Pressekontrolle Stellung genommen und festgestellt, daß dieses Amt sich heute noch das Recht anmaßt, arbiträr über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der von der Presse ausgesprochenen Meinungen innerhalb der geführten großen Diskussion zu entscheiden. Die Vertreter der Jugend meinten, daß solche Methoden mit der neuen Zeit unvereinbar seien.

Auch die polnischen Journalisten, die am 20. September ihre Plenartagung abhielten, haben viele Beschwerden vorgebracht, die sich auf das Verhältnis "einiger Parteiinstanzen und Behörden des Staatsapparates zur Presse, namentlich zur örtlichen Presse" beziehen. Auf der Plenartagung stellte man fest, daß es weiterhin Erscheinungen von Vorurteilen gegenüber der Presse und von mangelndem Verständnis für ihre Rolle gebe. Es wurde eine Resolution gegen eine Reihe unrichtiger und unbegründeter Eingriffe des Amtes für Pressekontrolle angenommen.

g) "Das Verhältnis zwischen den Parteien in Polen"

Unter diesem Titel bringt die "Trybuna Ludu" vom 24. September einen Beitrag. Das Blatt stellt fest, daß in Polen im Gegensatz zur Sowjetunion und auch zu Jugoslawien, was ausdrücklich betont wird, ein Vielparteiensystem herrscht. Neben der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei existiere auch die Bauernpartei, die Demokratische Partei und die Organisation der sogenannten Progressiven Katholiken, die mit dem kommunistischen System kollaborieren. Alle diese Parteien arbeiten miteinander im Rahmen der Nationalen Front. Das Blatt läßt keinen Zweifel darüber, daß diese Parteien nicht alle gleichberechtigt sind. Die Kommunisten haben eine führende Rolle, die auch von den anderen Parteien anerkannt werde. Die Aufgaben dieser anderen Parteien sind darauf beschränkt, die Tätigkeit der führenden Partei in ihren Tätigkeitsbereichen zu unterstützen. Die Bauernpartei ist auf dem Lange tätig, die sogenannte Demokratie Partei wirkt unter den Vertretern der Intelligenz und des Handwerkes und die Progressiven Katholiken sollen zumindest theoretisch die Interessen der Massen der katholischen Bevölkerung vertreten. Aber die generelle Linie der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes wird von der Arbeiterklasse und "ihrer Partei" aufgestellt. Wie man unter diesen Umständen von gleichen Rechten, die alle diese Parteien in der Organisation der Nationalen Front haben sollen, sprechen kann, wird das Geheimnis dieses Blattes bleiben.

h) Wahlen zum Parlament in Polen

Nach dem Beschluß des Staatsrates hat man den Termin der letzten "Wahlen" zum Sejm für den 16. Dezember 1956 angesetzt. Im Zusammenhang damit schreibt "Trybuna Ludu" über die Aufgaben des Parlaments in Polen und stellt fest, daß die Arbeit deskünftigen Parlaments sich wesentlich von der seines Vorgängers unterscheiden wird. Bisher war es üblich, daß die Vollzugsorgane, d. h. der Ministerrat und die einzelnen Ressorts allein schon auf Grund der ständigen Ausübung ihrer .

Funktionen den Sejm oftmals in der Erfüllung seiner Aufgaben ersetzten, ihm die Initiative aus der Hand nahmen, weil er im Gegensatz zu den ausführenden Organen immer nur für einige Tage zusammentrat und das nicht öfter als zweimal im Jahr. Infolgedessen verlangt "Trybuna Ludu", daß in Zukunft die Sejmtagungen öfter einberufen werden, länger dauern und daß den Mitgliedern der einzelnen Parlamentsausschüsse Gelegenheit gegeben wird, sich rechtzeitig mit den Arbeitsunterlagen vertraut zumachen. Wenn der Sejm gut arbeiten soll, dann muß er über alle staatlichen Belange gut und rasch informiert werden. Auch auf diesem Gebiete müsse eine radikale Wendung eintreten.

Heutzutage wird der Sejm noch bei seinen Beratungen von vielen Angelegenheiten in Anspruch genommen, die ihrem Charakter nach in der Wojewodschaft oder im Kreis erledigt werden sollten. Wenn die Abgeordneten diese Dinge im Sejm verhandeln müssen, dann beweist das nur, daß im Kampf um die Liquidierung der Auswüchse des Zentralimus noch eine Menge zu tun sei. In Zukunft werde sich der Sejm wie auch alle anderen zentralen Organe der Staatsmacht mehr auf die politischen und wirtschaftlichen Grundprobleme konzentrieren können, was schließlich ihre wichtigste Aufgabe sei.

i) Ein neues Mitglied des Politbüros schließt sich der Politik der Liberalisierung an

"Trybuna Ludu" vom 26. September bringt den Text einer Ansprache, die vom Mitglied des Politbüros, Roman ZAMBROWSKI, vor den ersten Sekretären der Wojewodschaftskomitees und vor den Abteilungsleitern im Zentralkomitee gehalten wurde. ZAMBROWSKI hat vor ein paar Jahren eine ziemlich große Rolle in der polnischen Parteispitze gespielt und galt als einer der Hauptideologen der Partei. In den letzten Jahren ist er weniger hervorgetreten und im Laufe der Diskussion, die seit dem XX. Parteikongreß der KPdSU geführt wird, hat er kaum das Wort ergriffen. Bis jetzt war es auch nicht ganz klar, welche Partei ZAMBROWSKI in dem Streit zwischen den Liberalisierungspolitikern und den Vertretern der alten stalinistischen Linie ergreift. Sein Auftritt vor dem höchsten Parteiaktiv beweist eindeutig, daß er sich entschlossen hat, in das Lager der Liberalisierungsanhänger einzutreten. ZAMBROWSKI sagte u.a. folgendes:

> "Die Haltung jener Genossen, die mit großem Mißtrauen und Unlust die jetzt geführten Diskussionen beobachten, ist unrichtig. Diese Genossenglauben, daß, wenn solche Dikussionen nicht vom Zentralkomitee oder von seiner Propagandaabteilung eingeleitet, akzeptiert und kontrolliert worden sind, man solche Diskussionen vermeiden müsse. Ich bin aber der Überzeugung, daß eine solche Haltung falsch ist. Wir dürfen nicht vergessen, daß im Laufe mehrerer Jahre in unserer Partei Dogmatismus, Doktrinentum und Versteifung herrschte. In diesen Jahren war unser Parteigedanke gebändigt. Das Zentralkomitee hat die Rede seiner Mitglieder kontrolliert und zensiert, und was die Folge war, wissen wir heute. Wir müssen bedauern, daß die Diskussion, die jetzt geführt wird, ziemlich oft außerhalb der Parteiinstanzen vor sich geht. Es ist aber kein Grund, um sie deswegen verstummen zu lassen.

Im Gegenteil, diese Tatsache . legt der Partei die Pflicht auf, mehr als bisher bestrebt zu sein, sich in die geführte Diskussion so breit wie möglich einzuschalten."

ZAMBROWSKI stellte aber fest, daßjetzt eine Abschwächung der führenden Rolle der Partei zu beobachten sei.

j) Neuer Parteisekretär in Posen

Der bisherige Parteisekretär der Posener Parteiorganisation, Leon STASIAK, wurde dieser Stellung enthoben. An seine Stelle kam der bisherige Botschafter in Bukarest, Jan IZYDORCZYK. IZYDORCZYK war der erste polnische Botschafter in Pankow und ist vor einigen Jahren nach Bukarest versetzt worden. Er ist ein gebürtiger Posener, Mitglied des Zentralkomitees und gilt als Mann der starken Hand. Ohne Zweifel erfolgte seine Ernennung als Folge der für das kommunistische System in Polen so verhängnisvollen Ereignisse, die zu einem Aufstand der Posener Arbeiter führte. Man erhofft in Warschau, daß IZYDORCZYK der besonders gut im Posener Milieu orientiert ist und außerdem die Fähigkeit besitzt, mit den Arbeitern zu sprechen, seine Aufgaben besser als sein Vorgänger erfüllen wird.

2. Wirtschaft

a) Lst der Investitionen

"Trybuna Ludu" bringt am 1. September 1956 einen Artikel über das Problem der Investitionen im nächsten Fünfjahrplan. Das Blatt stellt fest, daß im Laufe des vergangenen Sechsjahrplanes das Nationaleinkommen in übermäßigem Maße von Investitionen belastet war, die fast ein Drittel dieses Einkommens verschlungen haben. In den Jahren 1950/55 hat man den Bau einer Reihe grosser industrieller Objekte vorgenommen. Dies war eine große Anstrengung, aber die Ergebnisse dieser Anstrengungen konnten sich nicht gleichbemerkbar machen. Erst in späterer Zeit könne man mit der Vergrößerung der Produktion von Verbrauchsgütern rechnen.

Schon im Laufe des abgelaufenen Sechsjahrplanes mußte man eine Verringerung der Investitionen vornehmen. Im neuen Fünfjahrplan hat man sich erneut dazu entschlossen, wesentliche Beschneidungen auf diesem Gebiete durchzuführen, weil dies alleine die Vergrößerung des Lohnfonds ermöglicht. Allerdings kann man nicht nach Belieben die Investitionen kürzen, weil sie die Voraussetzung für eine Vergrößerung der Produktion sind, ohne die es keine Besse-

rung der materiellen Lage der Bevölkerung geben kann. Das Blatt meldet, daß für die nächsten fünf Jahre 318 Milliarden Zloty für Investierungszwekke bestimmt werden sollen. Diese Summe ist um 45 % größer als die Summe, die man für Investitionszwecke im Laufe des Sechsjahrplanes bestimmt hat. Trotzdem wird das Nationaleinkommen von den Investitionen jetzt weniger belastet, weil sein Umfang im Vergleich mit den vergangenen Jahren sehr stark gewachsen ist.

Während im abgelaufenen Sechsjahrplan die Hauptbetonung auf dem Bau neuer Objekte lag, wird man in den nächsten fünf Jahren die Aufmerksamkeit hauptsächlich darauf richten, die bestehenden Betriebe zu vergrößern und den neuen Produktionszwecken anzupassen.

b) Privater Wohnungsbau

Am 5. September veröffentlichte "Trybuna Ludu" ein Interview mit dem neuen Minister für Bauwesen, Eugeniusz SZYR. Es handelte sich um die Frage des privaten Wohnungsbaus, die jetzt in den Erwägungen der Behörden und der Presse sehr viel Raum einnimmt. Bekanntlich ist das Wohnungsproblem in Polen eines der schwierigsten und die Möglichkeiten des Baues neuer Wohnräume halten nicht Schritt mit den bestehenden Erfordernissen. Man hat herausgefunden, daß auch der sogenannte private Sektor in den Wohnungsbau eingeschaltet und dadurch zumindest ein Teil der Schwierigkeiten behoben werden könnte. Von den insgesamt 1,2 Millionen Wohnräumen, die in den nächsten fünf Jahren fertiggestellt werden sollen, sollen ca. 200.000 auf dem Wege des individuellen Wohnungsbaues entstehen. Die Vorurteile, die man gegenüber dem individuellen Wohnungsbau von der Partei- und Regierungsseite bisher gehabt hat, existieren nach den Versicherungen des Ministers nicht mehr. Er hat aber auf einen Punkt aufmerksam gemacht, den man bis jetzt weniger berücksichtigt hat. Es handelt sich um die Tatsache, daß der Bau von Einfamilienhäusern, die von einer Parzelle umgeben sind, wesentlich teurer ist als der Bau von Wohnungenin großen Wohnblocks. Das ist nach Meinung des Ministers ein Umstand, der sich in der Zukunft hemmend auswirken wird. Eine andere Schwierigkeit liegt in der Bereitstellung der notwendigen Parzellen. Der Minister stellte fest, daß in den größeren Städten Polens schon jetzt ein umfangreicher Handel mit solchen Parzellen betrieben werde und daß dieser Handel immer mehr spekulative Formen annehme.

c) Statistische Equilibristik OCHABs

Am 9. September 1956 feierte man in Warschau das gesamtpolnische Erntefest. Über 60.000 "Bestarbeiter" der polnischen Landwirtschaft versammelten sich in dem großen im vorigen Jahr fertiggestellten Stadion, um eine Ansprache des Ersten Parteisekretärs OCHAB zu hören. OCHAB stellte fest, daß die vollständigen Ernteergebnisse aus allen Wojewodschaften noch nicht vorliegen. Trotzdem könne man aufgrund der bisher bekannten Ergebnisse annehmen, daß die Getreideernte den Stand der guten Vorjahrsernte erreichen, und daß die Kartoffelernte sogar wesentlich besser sein wird als im vergangenen Jahr.

OCHAB stellte die polnische Landwirtschaft vor vier Hauptaufgaben. Die erste Aufgabe sei die systematische Steigerung der Bruttoproduktion der Landwirtschaft, die das bisherige Tempo übertreffen müsse. Diese Produktion habe sich im Vergleich zum Vorkriegsjahr zwar erhöht, aber sie reiche nicht aus, um die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Im Jahr 1938 hatte die polnische Landwirtschaft eine Prokopf-Produktion der vier Getreidearten von 385 kg; im Jahr 1955 waren es 460 kg. Mit Rücksicht auf die unbefriedigenden Leistungen in anderen Kulturen, vor allem aber bei Futterpflanzen, muß aber Polen jedes Jahr über eine Million Tonnen Getreide einführen. Dabei erinnerte OCHAB daran, daß die polnischen Städte, die im Jahre 1938 8,7 Millionen Einwohner zählten, in diesem Jahr von mehr als 12 Millionen Menschen bewohnt werden.

Über diese Behauptungen OCHABs kann man wirklich nur den Kopf schütteln. Einerseits behauptet er, daß die Prokopf-Produktion fast um 20 % im Vergleich zu dem Vorkriegsstand gestiegen ist, andererseits aber spricht er von einer Notwendigkeit, jährlich eine Millionen Tonnen Getreide zu importieren , weil die Stadtbevölkerung gewachsen ist. OCHAB verschweigt dabei die Tatsache, daß Polen trotz aller Unzulänglichkeit seiner landwirtschaftlichen Produktion immer noch große Mengen Getreide nach der Sowjetunion "exportieren" muß, d. h. den Russen für einen Preis verkaufen, der ungefähr 1/10 des Weltmarktpreises ausmacht. Es ist klar, daß in dieser Situation Polen die fehlenden Mengen an Getreide vom Ausland wieder importieren muß, z. T. aus der Sowjetunion, diesmal natürlich voll bezahlt. Bekannterweise war Polen vor dem Kriege, obwohl die damalige Prokopf-Produktion nach OCHABs Feststellung kleiner war als jetzt, ein Exportland für Getreide. Nach OCHABS Worten hat sich die Lage jetzt gebessert und deswegen muß Polen Getreide importieren. OCHAB müßte sich eigentlich darüber im klaren sein, daß solche pri-

mitiven Argumente ihn vor 60.000 polnischen Bauern lächerlich machen müßten.

Die zweite Hauptaufgabe, die nach den Worten OCHABs vor der polnischen Landwirtschaft steht, ist die Stärkung und Entwicklung der Produktionsgenossenschaften. Mehr als 200.000 Bauernwirtschaften sind zu mehr als 10.000 Produktionsgenossenschaften vereinigt, die etwa 2 Millionen ha Land bewirtschaften. OCHAB versicherte im Namen der Partei und der Regierung, man sei aber auch entschlossen, die werktätigen Einzelbauern tatkräftig zu unterstützen. Die dritte Hauptaufgabe, die OCHAB der polnischen Landwirtschaft stellte, ist eine weitere Verstärkung des Demokratisierungsprozesses, eine stärkere Beteiligung der Bauern an den örtlichen Organen der staatlichen Verwaltung, die Erweiterung derBefugnisse der Kreis- und der Dorfräte und die Verstärkung des Einflusses der Landbevölkerung auf das Rechtswesen. Die vierte und letzte Hauptaufgabe sei die Stärkung der nationalen Front und die Festigung des Arbeiter- und Bauernbündnisses.

d) Auflösungserscheinungen in den Kolchosen

Aus den zahlreichen Meldungen der polnischen Presse aus der letzten Zeit geht hervor, daß in vielen Kolchosen Auflösungserscheinungen festzustellen sind. "Trybuna Ludu" vom 23. September 1956 berichtet darüber, daß das Wojewodschaftskomitee in Stettin eine Anfrage an alle Kolchosleitungen gerichtet habe, um festzustellen, wieviele Bauern Austrittsgesuche eingereicht hätten. Die durchgeführte Prüfung ergab, daß diese Austrittsgesuche in den letzten Wochen rapide zugenommen haben. Es ist verständlich, daß das Blatt versucht, eine Erklärung für diese Erscheinung zu geben und meint, daß diese in den umlaufenden Gerüchten zu suchen sei, nach denen alle Kolchosen in Polen aufgelöst werden sollen. Das Blatt schreibt, daß manche Kolchosfunktionäre die Richtlinien des VII. Plenums durchstudiert und dabei festgestellt haben, daß man der Frage der Unterstützung der Einzelbauern und des Handwerks viel mehr Platz eingeräumt hat als der Unterstützung der Kolchosen. Das Blatt erklärt, daß nach dem VII. Plenum und nach der Rehabilitierung GOMULKAs unter den Bauern die Überzeugung immer mehr Boden gewinne, daß trotz aller gegenteiligen Versicherungen der Regierung die Sache der Kolchosen begraben sei. Das Blatt bezeichnet solche Ansichten als grundfalsch, ist im übrigen aber der Meinung, daß die Austrittsgesuche der Kolchosbauern ein Ausdruck der Kritik an der bisherigen landwirtschaftlichen Politik von Partei und Regierung seien.

Der gleichen Frage widmete auch ein Mitglied des Politbüros, Roman ZAMBROWSKI, einen Teil seines Referates, das er kürzlich vor dem Parteiaktiv hielt. Laut "Trybuna Ludu" vom 26.September stellte ZAMBROWSKI fest, daß die Austritte aus den Kolchosen immer häufiger werden und daß man trotz aller Warnungen viele Kolchosen entstehen ließ, die vom ersten Augenblick an nicht lebensfähig waren. Die Richtlinien der Regierung und der Partei waren in der Beziehung nach den Worten ZAMBROWSKIs eindeutig. Nur solche neuen Kolchosen sollten gebildet werden, die eine Garantie dafür bringen, daß sie sich günstig entwickeln werden. Ansonsten solle man sich weniger mit der Schaffung neuer Kolchosen befassen als vielmehr mit der Festigung der schon bestehenden. Wenn man neue Kolchosen ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Momente gründet, dann muß die Folge sein, daß ihre Mitglieder materiell schlechter stehen als die Einzelbauern, umso mehr, als die Regierung in den letzten Monaten viel dazu beigetragen hat, um die Lage der Einzelbauern wesentlich zu verbessern. ZAMBROWSKI trat offen dafür ein, die schlecht funktionierenden Kolchosen aufzulösen.

e) Schiffe aus eigener Produktion soll man für Polen behalten

"Trybuna Ludu" vom 15. September widmet einen Beitrag der Notwendigkeit, die polnische Handelsflotte auszubauen. Das Blatt stellt fest, daß die Vergrößerung dieser Flotte nicht mit dem wachsenden polnischen Außenhandel Schritt hält. Im Jahr 1955 hat man 85 % aller Frachten, die durch die polnischen Häfen gingen, mit fremden Schiffen befördern müssen, weil es keine eigenen Schiffe in genügender Zahl gab. Nach den Planzielen des Sechsjahrplanes sollte die Größe der polnischen Handelsflotte im Jahr 1955 623.000 BRT erreichen. In Wirklichkeit aber beträgt diese Zahl nur 331.000 BRT. Es war geplant, daß im Laufe des Sechsjahrplanes 53 Schiffe aus eigener Produktion der polnischen Handelsflotte einverleibt werden sollen. In Wirklichkeit betrug die Zahl dieser Schiffe aber nur 19. Das Blatt betont, daß die Mehrzahl der in Polen produzierten Schiffe nach der Sowjetunion exportiert werde, was sich daraus ergeben habe, weil die Sowjetunion die Maschinen und Ausrüstungen für den Ausbau der polnischen Schiffsindustrie lieferte. Nichtsdestoweniger stellt das Blatt fest, daß es viel günstiger für Polen ist, die eigengebauten Schiffe für sich zu behalten, als sie ins Ausland zu exportieren.

f) Uranfunde in Polen

Der neuernannte Regierungsbevollmächtigte für die Fragen der Verwendung der Kernenergie informierte am 14. September die Öffentlichkeit über die gegenwärtige Lage und über die Vorhaben auf dem Gebiet der Kernforschung und der friedlichen Verwendung der Kernenergie in Polen. Zurzeit werde an drei großen Bauvorhaben gearbeitet: Am Bau des Instituts in Warschau, an der Errichtung der zentralen Kernforschungsstätte bei Warschau sowie am Aufbau des Atomzentrums in Krakau.

Zum ersten Male gab ein offizieller Vertreter der polnischen Dienststellen zu, daß Polen zu den Uranerzbesitzern gehört. Er stellte fest, daß für die Uranerzförderung in Polen bedeutende Perspektiven existieren. Gegenwärtig wird geplant, breit angelegte Erkundungen nach weiteren Vorkommen dieses wertvollen Rohstoffes einzuleiten. Eine Gruppe polnischer Experten ist mit einem Planentwurf beschäftigt, der den Bau eines Atomkraftwerkes in Polen zum Ziel hat.

3. Kulturelles Leben, soziale Probleme

a) Kriegstrophäen zurückgegeben

Laut Meldungen der polnischen Presse haben die Sowjets am 3. September Polen Kunstwerke zurückgegeben, die "aus polnischen Museen stammen, in den Jahren 1939/45 von den Hitlerfaschisten verschleppt und später während der Kriegshandlungen von der Sowjetarmee auf dem Territorium Deutschlands gerettet wurden". Unter diesen Kunstwerken befindet sich eine große Zahl von Bildern der größten polnischen Maler, die in den letzten zehn Jahren als endgültig verloren beweint wurden. Plötzlich hat sich herausgestellt, daß diese Bilder noch existieren, und daß sie von den "sowjetischen Freunden" gerettet wurden. Viele Polen warfen bei dieser Gelegenheit die Frage auf, mit welchem Recht die Sowjets elf Jahre lang eine große Anzahl der polnischen Kunstwerke zurückbehalten haben, ohne Polen darüber zu informieren, daß sie sich in ihrem Besitz befinden. Elf Jahre lang haben es die Russen zugelassen, daß die Polen ihre Kunstschätze als endgültig verloren betrachtet haben, um sich plötzlich jetzt in die Lage des Retters und Hüters dieser Kunstwerke zu versetzen. Es ist der ganzen Welt bekannt, daß die Russen in den von ihnen besetzten Gebieten zahlreiche Kunstwerke geraubt bezw. vernichtet haben. Vor nicht allzulanger Zeit hat man der Stadt Dresden die weltberühmte Gemäldegalerie zurückerstattet, über die sich die Russen jahrelang ausgeschwiegen haben. Es war offensichtlich, daß ursprünglich diese Bilder von den Russen als Kriegstrophäe betrachtet wurden und später aus rein takti-

schen und politischen Gründen doch ihren deutschen Eigentümern zurückerstattet wurden. Das Wort Kriegstrophäe würde aber noch weniger auf die polnischen Kunstschätze passen. Die Polen haben ein gutes Recht, von den Russen eine Erklärung darüber zu verlangen, warum die Rückgabe erst jetzt erfolgte.

b) Gewerkschaften arbeiten neue Gesetzentwürfe aus

Laut "Trybuna Ludu" vom 19. September hat der Zentralrat der polnischen Gewerkschaften einen Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Verwaltungsorgane für Verletzung der Arbeitsgesetzgebung ausgearbeitet. Nach diesem Entwurf dürfen die Inspektoren des Arbeitsschutzes alle Leiter von Betrieben, die gegen die Vorschriften des Arbeitsschutzes verstoßen, die die Beschäftigten entlassen, ohne die Vorschriften zu beachten, die die Auszahlung des Lohnes oder der Prämien an die Beschäftigten ungerechtfertigt verweigern, die sich nicht an die Beschlüsse der Schlichtungskommissionen halten usw. mit einer Geldstrafe von 200 bis 1.500 Zloty belegen. Die Arbeitsschutzinspektoren der Gewerkschaften sind auch berechtigt, die Leitungen der Arbeitsbetriebe zu verklagen, wenn ihre Handlungen das Moment sozialer Schädlichkeit enthalten. Sollte dieser Gesetzentwurf angenommen werden, dann würde das eine wesentliche Stärkung der Position der Gewerkschaften gegenüber den Fabrikdirektionen und Leitungen anderer Arbeitsbetriebe sein.

B. Polen und Ausland

1. Warschau fühlt sich bedroht

"Trybuna Ludu" vom 1. September bringt in ihrem Leitartikel Erwägungen zum Jahrestag des Ausbruchs des zweiten Weltkrieges. Das Blatt stellt fest, daß die Versuche der aggressiven Kräfte, die die internationale Lage verschärfen wollen, in der letzten Zeit deutlich merkbar seien. Das Blatt schreibt:

> "Was man jetzt in Westdeutschland beobachtet, bestätigt unsere Meinung über die Aktivierung der Kriegskräfte, die sich aus alten faschistischen und antipolnischen Kreisen rekrutieren. Die Beispiele dafür sind die Aufrüstung der neuen Wehrmacht mit der Atomwaffe und die grobe Verletzung der Demokratie, die sich im KPD-Verbot ausgedrückt hat."

Die Zeitung meint aber, daß manche historischen Prozesse unabwendbar sind.

> "Zum ersten Mal haben wir auf dem deutschen Gebiet einen Nachbarstaat, der gleichzeitig unser Freund ist, der ebenso wie wir daran interessiert ist, die aggressiven, imperialistischen und revanchelüsternen Kräfte abzuwenden. Dieser treue Bundesgenosse ist die DDR".

Auch der Präsident des polnischen Parlaments, der am 5. September eine Eröffnungsrede hielt, berührte in ihr die deutschen Probleme und stellte fest, daß die polnische Öffentlichkeit mit einem Gefühl der Beunruhigung die Nachrichten aus Westdeutschland verfolgt, die den Beweis dafür erbringen, daß man dort eine Remilitarisierungs- und Aufrüstungspolitik betreibt und die fortschrittlichen Kräfte bekämpft, wofür das KPD-Verbot ein Beispiel sei. Der Vorsitzende des polnischen Sejms glaubt aber, daß die Friedenskräfte heutzutage schon zu stark seien, um einer Politik der Aggression eine freie Entfaltung zu ermöglichen.

2. Das Zentralkomitee der Partei in Polen protestiert gegen das KP-Verbot

Das Zentralorgan der polnischen Kommunisten, "Trybuna Ludu", bringt am 4. September den Text eines Protestes gegen das Verbot der "brüderlichen KPD".

> "Die politische Situation Europas - so lesen wir in dem Protest der polnischen Kommunisten - ist eine völlig andere als im Jahre 1933. Es entwickelt sich und erstarkt die DDR, mit der uns brüderliche Beziehungen der Zusammenarbeit und der Freundschaft verbinden. Es wächst der Widerstand der Arbeiterklasse und aller Patrioten in Westdeutschland gegen das Wiederaufleben der Kräfte der Aggression und der Revanche. Die Friedenskräfte sind zu mächtig, als daß den westdeutschen Revanchisten ihre neuen abenteuerlichen Aggressionspläne gelingen könnten. Angesichts der Wiederaufrichtung des Militarismus in Westdeutschland müssen wir jedoch wachsam bleiben, die Kräfte unseres Volksstaates stärken, die Freundschaft und das Bündnis mit der Sowjetunion, mit der DDR und mit allen Ländern der Volksdemokratie - mit den Friedenskräften in aller Welt ständig vertiefen".

3. Austausch von Erfahrungen mit TITO

Am 2. September ist eine Delegation des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei von einer längeren Reise durch Jugoslawien nach Polen zurückgekommen. In dem offiziellen Kommuniqué über die Besprechungen zwischen der polnischen Delegation und den Vertretern des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens heißt es, daß die Gespräche in einer"Atmosphäre der Herzlichkeit und Freundschaft"verlaufen seien.Während des Aufenthaltes in Jugoslawien besuchte die Delegation einige größere Industriebetriebe, landwirtschaftliche Genossenschaften und landwirtschaftliche Staatsgüter. Die Polen führten Gespräche über die Rolle der Partei beim Aufbau des Sozialismus in Jugoslawien, über die Struktur des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und über das innerparteiliche Leben im Bund der Kommunisten Jugoslawiens. Aus dem offiziellen Kommuniqé geht hervor, daß die Delegation sich für die Fragen des Wirtschaftssystems, der Arbeiterselbstverwaltung und der Selbstverwaltung in den Gemeinden und Kreisen interessierte. Beide Seiten haben es als notwendig anerkannt, die Zusammenarbeit zwischen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei durch gegenseitiges Kennenlernen der Formen und Methoden des sozialistischen Aufbaus in beiden Ländern zu entwickeln und einen Erfahrungsaustausch über die Arbeit beider Parteien durchzuführen.

Kaum war die Delegation der polnischen Kommunisten aus Belgrad zurückgekehrt, als am 3. September die Delegation der Abgeordneten des Sejm Warschau in Richtung Belgrad verließ. Auch diese Delegation, die u. a. von TITO empfangen wurde, fuhr nach Jugoslawien, um die dortigen Methoden der parlamentarischen Arbeit zu studieren. Für Oktober ist der Austausch der Gewerkschaftsdelegationen vorgesehen. Die Kontakte zwischen den Polen und Jugoslawen scheinen sich immer mehr zu vertiefen.

4. Sowjetische Wirtschaftshilfe für Polen

Am 11. September, während der letzten Sejm-Tagung, informierte der polnische Minister für Außenhandel, DABROWSKI, die polnische Öffentlichkeit darüber, daß die polnische Regierung mit der Absicht, das Defizit in der Zahlungsbilanz des Fünfjahrplanes auszugleichen, sich an die Sowjetunion mit dem Ersuchen wandte, Polen eine Kredithilfe zu gewähren. Am 18. September wurde in Moskau ein diesbezügliches Protokoll unterzeichnet.

Das Protokoll sieht vor, daß die Sowjetunion Polen im Jahr 1956 einen Kredit in Höhe von 100 Millionen Rubel in Gold und in Waren gewährt, die für die polnische Volkswirtschaft unerläßlich sind (Kupfer, Kautschuk und Fette). Der Kredit wird mit 2 % verzinst und durch polnische Warenlieferungen in den Jahren 1957 bis 1960 zu gleichen Jahresraten getilgt. Die Sowjetregierung hat sich damit einverstanden erklärt, die Rückzahlung der zuvor Polen gewährten Kredite in Form von Ausrüstungen für Industrieobjekte für vier bis fünf Jahre auszusetzen. Wie aus dem Kommentar der "Trybuna Ludu" vom 23. September hervorgeht, beläuft sich der Umfang dieser Kredite auf 810 Millionen Rubel. Auch die restlichen Schuldbeträge von in den Jahren 1947-1949 gewährten Kredite in Gold sollen nicht in Gold bezw. freien Devisen sondern durch Lieferungen polnischer Waren an die Sowjetunion beglichen werden.

Das Organ der polnischen Kommunisten schreibt in dem Kommentar zu diesem Protokoll, dass die augenblickliche Zahlungsbilanz Polens sehr angespannt sei, und daß die Notwendigkeit, den Kohleexport zu verringern, wesentlich die Erlangung ausländischer Devisen erschwert. Die Zustimmung der Russen, so meint das Blatt, daß Polen die zuvor aufgenommenen Kredite nicht in Gold oder freien Devisen, sondern mit durch die polnische Industrie erzeugten Waren abgelten dürfe, bedeutet einen wesentlichen Beitrag zur Besserung der Finanzlage Polens.

5. Repatriierungsaktion aus der Sowjetunion

"Zycie Warszawy" vom 23./24. September bringt eine Information über die Ernennung eines polnischen Bevollmächtigten für die Frage der Repatriierung bei der Botschaft der Volksrepublik Polen in der Sowjetunion. Das Blatt berichtet, daß im Juni d. J. zwischen dem Ministerium des Innern der Volksrepublik Polen und dem analogen Ministerium in der Sowjetunion Besprechungen stattgefunden haben über die Verbesserung der weiteren Repatriierung von Polen aus der UdSSR, "die bisher von ihrem Repatriierungsrecht nicht Gebrauch gemacht haben". Diese Menschen, die angeblich ihr Recht nicht in Anspruch genommen haben, rekrutieren sich z. T. aus den vielen Tausenden ehemaliger Häftlinge der sowjetischen Gefängnisse und Arbeitslager. Man kann sich leicht die Gründe vorstellen, warum sie nicht eher von ihrem Repatriierungsrecht Gebrauch machen konnten. Die Zahl dieser von den Russen verschleppten und gefangengehaltenen Menschen scheint sehr beträchtlich zu sein, wenn man die Nominierung eines speziellen Bevollmächtigten für Repatriierungsfragen für notwendig gehalten hat. Übrigens wurde als dieser Bevollmächtigte ein gewisser S. KALINOWSKI ernannt, der vor ein paar Wochen noch Generalstaatsanwalt in Polen war und im Laufe der Liberalisierungspolitik dieser Stellung enthoben wurde.

II. Tschechoslowakei

A) Allgemeiner Überblick

Besonders hervorstechende Ereignisse sind im September in der CSR nicht zu verzeichnen. Aus den vorliegenden Presse- und Rundfunkmeldungen sowie den zur Verfügung stehenden Berichten geht hervor, dass die Unruhe in Polen und in Ungarn in der CSR kaum einen Widerhall gefunden hat. Die Parteipresse ist von der Behauptung noch nicht abgerückt, wonach der Aufstand in Posen ein Machwerk imperialistischer Agenten gewesen sei, die mehr oder weniger interessanten Vorgänge in Ungarn werden kaum registriert. Dabei ist es auch beachtenswert, dass die polnischen Zeitungen weder in Prag noch in der Provinz gekauft werden können, und das zu einer Zeit, in der die Prager Zeitungskioske nach langer Unterbrechung wieder westliche Blätter wie den "Daily Herald" und "Le Monde" zum Verkauf anbieten. Die Stimmung unter der Bevölkerung ist zwar nach wie vor schlecht und die Einstellung zum Regime keineswegs freundlicher geworden, doch sind keine Ansätze dafür erkennbar, dass die oppositionellen Strömungen in drastischerer Form zum Durchbruch kommen als es bisher der Fall war.

Auch innerhalb der Partei scheint es zu keinen ernsteren Differenzen gekommen zu sein. In der CSR gibt es tatsächlich so etwas wie eine kollektive Führung und die Partei verfügt über keine herausragende Persönlichkeit, die genügend Ansehen und Autorität besitzen würde, um etwa das Steuer des Kurses herumzureissen. Der einzige führende Kommunist, der über eine grössere Anhängerschaft verfügt und sogar über die Grenzen seiner Partei hinaus eine gewisse Popularität erlangt hat, ist der Präsident Antonin ZAPOTOCKY. Dieses Kuriosum findet wahrscheinlich im Nationalcharakter der Tschechen seine Erklärung. Man will einfach nicht zur Kenntnis nehmen, dass eine grosse tschechische Partei nicht zumindest über einen Mann verfügt, der für die gesamte Nation spricht. Obwohl die Massnahmen des Regimes heftig kritisiert werden, klammert man ZAPOTOCKY oft aus der Verantwortung aus und nennt ihn den "Gefangenen auf der Burg". Er geniesst auch Sympathien bei der Arbeiterschaft und wird daher auch oft als "Stimmungsmacher" in Gebieten eingesetzt, in denen Arbeiterunruhen zu befürchten wären. Im Verlauf der Berichtsperiode besuchte er die Industriegebiete von Kladno und die nordböhmischen Kohlengebiete von Brüx und Dux. Bei den Parteifunktionären verfügen jedoch NOVOTNY, KOPECKY und HENDRYCH über mehr Autorität.

Im September waren es vor allem die Herabsetzung der Arbeitszeit, die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit anderen Staaten, die Wirtschaftspolitik und die Kollektivierung in der Landwirtschaft, mit denen sich Partei, Regierung und Presse beschäftigten.

In zweiter Linie wären die ideologische Ausrichtung, der Mangel an Arbeitskräften, die Aktivierung der Aussenpolitik, die Einbringung der Ernte und die Rückkehraktionen für Emigranten zu nennen. In die Berichtsperiode fällt auch der Besuch einer Regierungsdelegation der DDR, der in der Presse des Regimes starken Widerhall fand. Die Einführung der 46-Stunden-Woche, - obwohl mit starken Propagandaaufwand verkündet - stösst offensichtlich auf Schwierigkeiten. Funktionäre des Staates, der Partei und der Gewerkschaften bemühen sich nun, den Arbeitern die Verzögerung zu erklären und eine "allmähliche Einführung" zu propagieren. Dabei werden sie von "spontanen Resolutionen" einiger Belegschaften unterstützt. Stark forciert hingegen werden die Handelsbeziehungen zu anderen Ländern, insbesondere aber zu nichtkommunistischen Staaten. In Brünn wurde eine grosse Ausstellung eröffnet, bei der die neuesten Produkte der tschechoslowakischen Industrie angeboten werden. Ganz unumwunden erklärte der stellvertretende Ministerpräsident POLACEK, die Ausstellung sei in erster Linie für ausländische Interessenten gedacht. Den Berichten aus Prag zufolge ist es der Regierung auch gelungen, einige günstige Handelsabkommen unter Dach und Fach zu bringen. Darauf dürfte auch das leichte Ansteigen des Lebensstandards zurückzuführen sein. Die Preise sind zwar noch ausserordentlich hoch, aber man kann Lebensmittel, Gebrauchs- und Luxusgüter ohne weiteres kaufen, wenn man über genügend Geld verfügt. Dieser Umstand hat viele Hausfrauen dazu veranlasst, die Rolle der Doppelverdienerin anzunehmen. In Anbetracht des akuten Arbeitermangels wird das vom Regime natürlich gefördert. Das parteiamtliche "Rude Pravo" lieferte dazu einen weiteren Hinweis, in dem es am 12. September einen Funktionär herausstrich, der "Frauen dazu überredete, in den Kollektiven zu arbeiten, indem er ihnen erklärte, dass sie dadurch im Jahr um 3.000 Kronen reicher würden". In der Wirtschaftspolitik wird eine weitere Erhöhung der Produktion um 9 Prozent angestrebt. Auch deuten gewisse Anzeichen darauf hin, dass die Konsumgüterindustrie stärker forciert werden soll, als bisher. Obwohl die Kollektivierung in der Landwirtschaft weiterhin konsequent verfolgt wird, ist das Tempo hierbei langsam zurückgegangen. Die Parteipresse macht dafür die örtlichen Parteifunktionäre verantwortlich, die den Bauern gegenüber nicht überzeugend genug argumentiert hätten.

B. Wirtschaftspolitik

a) Plan und Wirklichkeit

Am 13. September fand eine von der Regierung einberufene Konferenz über die Vorbereitung des staatlichen Wirtschaftsplans für das Jahr 1957 statt. Das Hauptreferat über die Entwicklung der Volkswirtschaft im Jahre 1957 hielt der erste stellvertretende Ministerpräsident Dr. Jaromir DOLANSKY. Er nannte das Jahr 1957 das entscheidende für die Erfüllung der Aufgaben des zweiten Fünfjahrplanes. Seine Ausführungen lassen sich in folgende Punkte zusammenfassen:

1) Die Industrieproduktion muss gegenüber den tatsächlichen Ergebnissen des Jahres 1956 um mindestens 9 % steigen.
2) Die Investvorhaben müssen durch rechtzeitige Vorbereitung der Projekte gesichert werden.
3) Ein schnellerer wirtschaftlicher Aufschwung der Slowakei und der sudetendeutschen Grenzgebiete soll herbeigeführt werden.
4) Die Zahl der in der materiellen Produktion Arbeitenden soll erhöht und der Grundsatz der materiellen Interessiertheit der Arbeiter an den Ergebnissen ihrer Arbeit mehr zur Geltung gebracht werden.
5) Da über die Sicherung der Planerfüllung bereits in diesem Jahr entschieden wird, müssen in den verbleibenden 3 Monaten des Jahres 1956 sämtliche Mängel in der Planerfüllung behoben werden.

Bei der Durchführung des Planes mache sich der Arbeitermangel erneut bemerkbar. "Um die geplante Produktionserhöhung durchführen zu können, werden einige Millionen Tonnen Kohle mehr gebraucht. Die Bergwerke aber brauchen dringend 12.000 neue Arbeitskräfte". ("Rude Pravo" am 18.9.)

"Die Arbeitsproduktivität und die Produktion von Maschinen für die Industrie und die Landwirtschaft müssen erheblich erhöht werden. Die Landwirtschaft braucht bis zum Jahre 1960 42.000 Traktoren."
(Radio Prag 24.9.)

"Die Produktion von Konsumgütern hält nicht Schritt mit der Nachfrage. So haben beispielsweise in der ersten Jahreshälfte die Fabriken 71.200 elektrische Bügeleisen und 4.174 Waschmaschinen zu wenig geliefert. Ein weiterer ernster Engpass entsteht durch schlechte Qualität."
(Rude Pravo vom 1. 9.)

b) Arbeiter und Gewerkschaften

Am 18. und 19. September tagte in Prag das 5. Plenum des Zentralrats der Gewerkschaften "um über die gegenwärtigen Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung zu beraten". Die wichtigsten Punkte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Verkürzung der Arbeitszeit:

"Die Verkürzung der Arbeitszeit um 2 Stunden wöchentlich, die ab 1. Oktober d. J. durchgeführt werden wird, ist die erste Etappe des schrittweisen Überganges zur 42- Stunden- Woche. Deshalb muss die Gewerkschaftsorganisation von den Wirtschaftsorganen verlangen, dass sie die Organisation der Arbeit stetig verbessern und die Produktion immer besser leiten."

Es wurde betont, dass die Produktivität durch die Herabsetzung der Arbeitszeit nicht beeinträchtigt werden dürfe. Als Mängel wurden genannt:

1. Eine ungenügende Ausnützung der Arbeitszeit;
2. unzureichende Verwertung der Mechanisierungsmittel;
3. Produktion minderwertiger Qualitäten.

Verbesserung des Lohnsystems:

In diesem Zusammenhang wurde deutlich gemacht, dass ein gesundes Verhältnis von Arbeitsproduktivität zum Ansteigen der Löhne eingehalten werden muss. In diesem Jahr sei die Entwicklung nicht zufriedenstellend gewesen. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Verhältnis zum Wachstum der Löhne habe eine sinkende Tendenz gezeigt und sei schlechter als im Jahre 1955.

"Einige Wirtschafts- und Gewerkschaftsfunktionäre erklären den Werktätigen nicht systematisch und überzeugend das Prinzip der sozialistischen Arbeitsentlohnung. Sie kämpfen zu wenig gegen verschiedene gleichmacherische Ansichten und Bemühungen Einzelner wie ganzer Arbeitergruppen, die für sich höhere Löhne durchsetzen wollen, ohne Rücksicht auf das Wachstum der Arbeitsproduktivität und die Erfüllung der geplanten Aufgaben." (Gewerkschaftssekretär Gustav HNILICKA).

c) Landwirtschaft

Am 17. September hielt der erste Sekretär der KPTsch, Antonin NOVOTNY, eine Rede, in deren Verlauf er sich ausschliesslich mit Landwirtschaftsfragen befasste. Er war offensichtlich darauf bedacht, den Bauern gegenüber den richtigen Ton anzuschlagen. Er versuchte, ihnen die Vorzüge der Kollektivierung klarzumachen und erklärte, die meisten Bauern würden bald einsehen, dass sie in den Kollektiven unter weitaus besseren Bedingungen arbeiten könnten, als bisher. Er rechnete ihnen vor, dass sie in einem Kollektiv pro Hektar um 3. 000 Kronen mehr verdienen würden, als auf ihren kleinen Bauernhöfen.

Diese Rede NOVOTNYs fällt in eine Zeit, in der das Tempo der Kollektivierung nachzulassen beginnt. Am 4. September berichtete "Rude Pravo", daß

in den Kreisen Iglau und Böhmisch-Budweis die meisten Kollektive gegründet werden konnten. Hingegen lägen die Kreise Prag, Königsgrätz, Zlin (Gottwaldov), Pardubitz, Banska-Bystrica, Nitra und Sillein noch zurück. Das Blatt schreibt, dass nicht alles getan werde, um die Bauern von den Vorzügen der kollektivierten Landwirtschaft zu überzeugen. Die Hauptschuld treffe die Parteiorganisationen am flachen Lande. Sie hätten noch nicht eingesehen, dass es eine ihrer vordringlichsten Aufgaben ist, neue Kollektive zu gründen. Von sich aus würden die Bauern kaum die Initiative ergreifen.

"Der Kreis Böhmisch-Budweis verfügt nun über 723 Kollektive mit einer Mitgliedschaft von 27.000. Das bedeutet, dass 64 % des Bodens kollektiviert ist." (Radio Prag am 27. 9.)

"Seit Beginn des Jahres konnten im Kreis Pilsen 102 neue Kollektive gegründet werden." (Radio Prag am 4. 9.)

"Im dritten Jahresviertel wurden in der Slowakei 28 neue Kollektive mit 430 Mitgliedern gegründet." (Radio Pressburg am 15. 9.)

Eine Analyse dieser Nachrichten ergibt folgendes Gesamtbild: In der CSR (Also einschliesslich der Slowakei) wurden bisher im Jahre 1956 1.220 neue Kollektive mit etwa 37.000 Mitgliedern gegründet. Der dadurch erfasste Boden beträgt 175.000 ha. Die Meldungen über Unzulänglichkeiten in der Landwirtschaft sind aber ebenso zahlreich. Hier einige Beispiele:

"Einige Kollektive haben ihr Plansoll in der Viehbestandsablieferung noch nicht erfüllt, weil sie unfähig sind, das Futter ökonomisch einzuteilen." (Radio Pressburg vom 5. 9.).

"Viele Einzelbauern, die an ihrem Lande kleben, können niemals überredet werden, Kollektiven beizutreten, wenn alte Phrasen und unwirksame Überredungskünste angewendet werden." (Radio Kaschau vom 18. 9.)

Die Ernteeinbringung macht immer noch große Schwierigkeiten. So stehen, um ein Beispiel herauszugreifen, 3/5 der Ernte im Krs. Reichenberg noch immer auf den Feldern. Dort hat die Armee 200 Lastkraftwagen und 800 Soldaten zur Erntehilfe eingesetzt. Im Krs. Pilsen sind noch 23.000 ha Getreideflächen ungemäht. Nahezu in allen Bezirken des Aussiger Kreises (In der CSR entspricht ein Bezirk dem deutschen Landkreis, während ein Kreis mit einem deutschen Regierungsbezirk gleichzusetzen ist) beriefen die Nationalausschüsse Sondersitzungen ein, um über die Beschleunigung der Erntearbeiten zu beraten.

Lediglich in der Slowakei scheint es besser zu sein. Jedenfalls sandte das ZK der KPTsch dem ZK der Slowakischen KP ein Glückwunschtelegramm, weil die slowakischen Kolchosen ihr Soll mit 100,7 % erfüllt haben. Rückschlüsse, ob dies zutrifft, oder ob es sich lediglich um ein Propagandamanöver handelt, sind zurzeit nicht möglich.

Im übrigen hat sich der Zentralrat der Gewerkschaften noch einmal an die Arbeiter und an die Betriebsausschüsse gewendet, um sie aufzufordern, alle verfügbaren Kräfte für die beschleunigte Einbringung der Ernte einzusetzen.

d) Handelsbeziehungen

Wie auch im vergangenen Monat berichten Presseund Rundfunk auch im September über Anbahnung und Aufnahme von Handelsbeziehungen zu nichtkommunistischen Staaten:

"Aussenminister Dvorak empfing führende Beamte der brasilianischen Nationalbank, um mit ihnen die Handelsbeziehungen der beiden Länder zu besprechen." (Radio Prag vom 19. 9.)

"Finnland hat auf der Brünner Ausstellung eine Bestellung für Traktoren aufgegeben." (Radio Prag vom 26. 9.)

"6.000 Traktoren der Marke 'Zetor' hat Argentinien angekauft."
(Radio Prag 2o. 9.)

"Neue Magnesitlager wurden in der Slowakei erschlossen und die Ausfuhr dieses wichtigen Rohmaterials steigt ununterbrochen."
("Aufbau und Frieden" vom 21. 9.)

C. Partei und Innenpolitik

a) Ideologische Ausrichtung

Die Partei-Ideologen bemühen sich in den vergangenen Wochen offensichtlich darum, den Parteimitgliedern und Funktionären eine weniger dogmatische Auslegung des Marxismus-Leninismus nahezubringen. In den theoretischen Organen wird immer wieder betont, dass die ideologische Arbeit sinnlos sei, wenn sie nicht mit den "Lebensinteressen in Einklang gebracht" werden könne. Auch müsse die ideologische Arbeit jene Kreise mehr ansprechen, die früher der Kleinbourgeoisie angehörten. Andererseits dürfte nicht übersehen werden, dass viele Menschen, die sich zwar dem Sozialismus verschrieben hätten, immer noch an den alten Begriffen Humanismus undSozialdemokratismus hängen. "Rude Pravo" schrieb dazu am 20. September, dass diese schädlichen Ideen nur ausgemerzt werden können, wenn sie offen bekämpft würden. Dem Kampf gegen feindliche Ideologien komme deshalb besondere Bedeutung zu,

weil der Kontakt mit kapitalistischen Ländern ausgeweitet werde, was die ideologische Auseinandersetzung zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Welt verschärfe.

Am 5. September befasst sich das kommunistische Zentralorgan mit der Kritik: "Die Partei wünsche keine Kritik um jeden Preis". Sie werde oft von Leuten missbraucht, die liberalistische oder sonstige feindliche Ansichten hegen. Die Partei verlangt ausserdem, dass Parteimitglieder ihre Kritik am richtigen Platz anbringen: Auf Parteiversammlungen, bei Parteistellen oder in der Parteipresse. Im übrigen sollte die Kritik nur für "konstruktive Zwecke" angewandt werden.

b) Rückkehr von Emigranten

Die Werbung für die Rückkehr von Emigranten wird in der CSR wieder verstärkt. Die Presse bettelt förmlich darum, dass die Emigranten von dem Angebot auf Rückkehr Gebrauch machen sollten. Das Ergebnis ist vorerst allerdings recht mager. Am 1. 9. meldete der Prager Rundfunk, dass mehrere tschechoslowakische Staatsbürger in die CSR zurückgekehrt seien: Über 50 aus der Bundesrepublik, andere aus Frankreich, England, Österreich, Kanada, Brasilien und Australien.

Auffallend ist, dass bei der Rückkehrpropaganda zwischen den verschiedenen Nationalitäten der CSR kein Unterschied gemacht wird. Sie bezieht sich auf Tschechen ebenso wie auf Slowaken und Deutsche. Die Rückkehr zweier sudetendeutscher Bergleute wurde ebenso gross herausgestellt wie die Tatsache, dass der 26-jährige, aus Mähren stammende, Heinrich Thun von Hohenstein in der CSR "um Asyl" bat. Die Prager Presse berichtete, der sudentendeutsche Adlige sei ein Mitglied der Bewegung für "Kaiser und Reich" gewesen, die von Amerikanern und dem Exilpolitiker General PRCHALA zum Zwecke der Unterminierung der "Volksdemokratien" aufgebaut würde. Thun von Hohenstein sei in seine alte Heimat zurückgekehrt, weil in Westdeutschland revanchistische Kreise einen Angriff gegen die CSR planen. (In Wirklichkeit hat Hohenstein Gelder unterschlagen, die er für eine monarchistische Bewegung gesammelt hatte. Ausserdem wird an seiner Zurechnungsfähigkeit gezweifelt).

Es ist interessant, dass diese Probleme nun auch in der Literatur Eingang finden. Zwei neue Romane beschreiben u.a. die Verbrechen, die bei der Austreibung gegen die Sudentendeutschen begangen wurden. Die "Übeltäter seien Benesch-Anhänger, tschechische Nationalisten und aufgehetzte Schwächlinge" gewesen. Und kürzlich erschien eine Sammlung von Kurzgeschichten der Schriftstellerin BERNASKOVA mit einer Geschichte, die das Schicksal eines jungen Tschechen schildert, der nach dem Westen geflohen ist.

o) Kirche

Offensichtlich zeichnet sich auch allmählich eine neue Einstellung den Kirchen gegenüber ab. Unter denjenigen Personen, denen am 8. September der Friedenspreis verliehen wurde, befand sich der Geistliche Andrej ZIAK. Allerdings handelte es sich bei ZIAK um einen protestantischen Pfarrer aus der Slowakei. Da die Slowakei überwiegend katholisch ist, lässt dieser Umstand den Schluss zu, dass sich der Geistliche auf die Seite desRegimes geschlagen hat, um gegen die stärkste oppositionelle Kraft in der Slowakei, die zweifellos die katholische Kirche darstellt, einen mächtigen Verbündeten zu haben.

D) Aussenpolitik

a) Allgemeines

Die tschechoslowakische Aussenpolitik lässt gewisse Bemühungen erkennen, die Beziehungen zu nichtkommunistischen Ländern zu verbessern. Am 6. 9. erklärte Aussenminister Vaclav DAVID, die tschechoslowakische Regierung habe Frankreich vorgeschlagen, eine Konferenz auf Regierungsebene abzuhalten, die der Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern dienen soll. Einem Vertreterder französischen Zeitung "Le Monde" sagte der Aussenminister, dass der Wiedereröffnung des Französischen Instituts in Prag nichts im Wege stehe, wenn sich "auf beiden Seiten guter Wille zeigt".

Eine Regierungsdelegation unter Führung des stellvertretenden Aussenministers SIMOVIC ist in Kambodscha eingetroffen. (Radio Pressburg 8.9.).
Eine griechische Parlamentsdelegation hat Karlsbad besucht. (Radio Prag 9.9.).
Eine Regierungsdelegation aus Ceylon ist in Brünn eingetroffen. (Radio Prag vom 12. 9).

Auch über die Wiederanknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zu Jugoslawien liegen Meldungen und Berichte vor.

b) DDR und CSR

Am 7. September traf eine Regierungsdelegation der DDR unter Führung von Otto GROTEWOHL in Prag ein. Der Delegation gehörten u.a. an: Lothar BOLZ, August BACH, Hans REICHERT, Georg HANDKE, Kurt GREGOR, Willi KONZOK und Fritz JOHNE. Die Delegation weilte einige Tage in Prag und besuchte u.a. Pilsen undBrünn, wo GROTEWOHL auf öffentlichen Veranstaltungen Reden hielt. Ferner besuchte man die Slowakei, wo die Delegationsmitglieder Pragor Presseberichten zufolge mit "Bürgern deutscher Nationalität" zusammentrafen. Bezeichnend ist, dass GROTEWOHL keinen Abstecher in die sudetendeutschen Grenzgebiete machte.

Ministerpräsident Viliam SIROKY erklärte u.a., dass der Besuch gerade deshalb an Bedeutung gewinne, weil er in eine Zeit fällt, "da sich die Warnsignale aus Westdeutschland mehren, die den Völkern Europas die tragische Vergangenheit in Erinnerung rufen und siezu grösserer Wachsamkeit aufrütteln". Die parteiamtliche "Rude Pravo" fügte hinzu, dass der Besuch die Position der DDR stärken werde.

In einer gemeinsamen Erklärung, die von SIROKY und GROTEWOHL unterzeichnet wurde, heisst es u.a.:

"Die beiden Regierungen begrüssen die erreichte Entspannung der internationalen Lage und erklären, dass sie gemeinsam mit allen friedliebenden Staaten an der internationalen Verständigung mitarbeiten werden. Trotz der Minderung der internationalen Spannungen existieren immer noch Kräfte, die an der überholten Politik der Stärke festhalten. Dies zeigt sich besonders deutlich in Westdeutschland, wo es zu einer ganzen Reihe militaristischer und antidemokratischer Massnahmen gekommen ist, diezum Ziel haben, aus Westdeutschland einen Herd einer neuen Aggression zu machen."

Zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands wird in der Erklärung festgestellt, dass diese nur durch Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten herbeigeführt werden könne. Zur Suez-Frage erklärten die Vertragspartner, dass sie die Politik der ägyptischen Regierung unterstützten.

Ansonsten wurde folgendes vereinbart:

1) Beide Seiten vereinbarten, in kürzester Zeit ein langfristiges Abkommen über gegenseitige Warenlieferungen für die Jahre 1957/1960 abzuschliessen. Das Abkommen sieht eine Erhöhung des Warenaustausches auf das doppelte des im letzten Abkommen für die Jahre 1952/55 festgesetzten Volumens vor.

2) Beide Seiten beschlossen Massnahmen zur Nachforschung und Rückführung bestimmter Kulturgüter, die während des zweiten Weltkrieges verschleppt wurden.

3) Die Vertreter beider Länder unterzeichneten einen Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen und ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik.

4) Beide Seiten vereinbarten, dass ein Generalkonsulat der DDR in Pressburg und ein Generalkonsulat der CSR in Dresden errichtet wird.

Während seines Aufenthaltes in der CSR nahm der DDR-Aussenminister Lothar BOLZ

vor Pressevertretern auch zu den deutschen Heimatvertriebenen Stellung. Er erklärte, er sei selbst"Umsiedler" aus Oberschlesien und sei glücklich darüber, dass es zwischen Polen und Deutschland keine Differenzen mehr gäbe. Er versicherte seinen tschechischen Zuhörern, dass die Sudetendeutschen in der Zone, die er "Umsiedler, die von Ihnen kamen" nannte, ebenfalls erfreut darüber wären, dass es zwischen Deutschland und der CSR erstmalig ein freundschaftliches, gutnachbarliches Verhältnis gäbe. Verständlich ist, dass diese Ausführungen in der Prager Presse gross herausgestellt wurden.

III. Ungarn

A. Allgemeiner Überblick

Eine Analyse der Ereignisse in Ungarn im Monat September 1956 lässt den Schluss zu, dass die Entwicklung allmählich ein entscheidendes Stadium erreicht. Die Absetzung RAKOSIs hat eine Kettenreaktion ausgelöst, die vom Parteiapparat nicht mehr kontrolliert werden kann. Obwohl die Juli-Beschlüsse des ZK der KP nach wie vor von Presse und Rundfunk als der "historische Wendepunkt" bezeichnet werden und diese Formulierung bei den verschiedensten Gelegenheiten immer wieder auftaucht, ist es inzwischen klar geworden, dass die unter GERÖs Führung geplanten Massnahmen nicht ausreichen werden, um die weit um sich greifende Unzufriedenheit einzudämmen und die Vertrauenskrise, die innerhalb der Parteiorganisation ausgebrochen ist, zu überwinden. So deuten verschiedene Geschehnisse darauf hin, dass die Bestellung GERÖs und der Kurs, den zu steuern er sich anschickte, nur als eine Zwischenlösung bis zu einer radikaleren "Entstalinisierungskur" und Abkehr von RAKOSI gedacht sind. Dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, dass sich in Budapest hartnäckig das Gerücht von einer "ernsten Erkrankung" GERÖs hält und dass sich während der Abwesenheit des ersten Sekretärs (GERÖ reiste in die SU, wo er seinen Urlaub verbringt) potentielle Nachfolger, wie KADAR und MAROSAN in den Vordergrund rücken lassen. Aber auch der zurückgezogen lebende Imre NAGY lässt sich hin und wieder in Erinnerung bringen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass sich die Bevölkerung noch gut an seine "liberale" Politik erinnert, die insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet (das kleine ungarische Wirtschaftswunder) populär war.

Offensichtlich ist die Parteiführung darauf bedacht, das Partei- und Staatsgefüge nicht durch umwälzende Veränderungen zu erschüttern, sondern eher ein allmähliches Ansteuern eines Neuen Kurses mit dem gegenwärtigen Rythmus in Einklang zu bringen und dabei Reaktion und Stimmung abzutasten. Die Bemühungen der Gewerkschaftsführung, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu gewinnen, die anhaltenden Versuche, den Bauern die Kollektivierung in der Landwirtschaft schmackhaft zu machen und die "Revolte der Intellektuellen" wie sie am Budapester Schriftstellerkongress bemerkbar wurde, lassen erkennen, dass das Regime um diese drei "Eckpfeiler der Gesellschaft" ringen muss.

Im September waren es auch drei Momente, die besonders hervorstachen und die beachtet werden müssen: Auf der Plenartagung des Zentralrats der Gewerkschaften skizzierte der Gewerkschaftsvorsitzende Sandor GASPAR den neuen Gewerkschaftskurs, der eine Verlagerung des Schwergewichts auf "Wahrung der

Interessen der Arbeiter vorsieht. In diesem Zusammenhang hob GASPAR die Bedeutung von Lohnfragen hervor und forderte die Wiedereinsetzung von "alten Gewerkschaftlern", die sich auf dem Gebiet des Lohnkampfes in der Vergangenheit verdient gemacht hatten. Die Tatsache, dass 13 Mitglieder des Zentralrats durch neue Funktionäre ersetzt worden sind, lässt vermuten, dass in dieser Richtung bereits der erste Schritt getan worden ist. (Eine Bewertung dieser personellen Veränderungen ist indes zurzeit noch nicht möglich). Einen weiteren Hinweis auf die neue Politik lieferte der Sekretär des Zentralrats Jeno FOK, der am 10. 9. erklärte:

"Wenn das Programm zur Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter in Zukunft gefährdet erscheinen sollte, dann werden die Gewerkschaften eine Verminderung der Investitionen vorschlagen, um Abhilfe zu schaffen."

Zur gleichen Zeit wurden die Bemühungen, die Bauern für die Landwirtschaftspolitik des Regimes zu gewinnen, in verstärktem Ausmass fortgesetzt. Bei zahlreichen Anlässen verwiesen Partei- und Staatsfunktionäre auf die Vorzüge der Kollektivierung (die weiterhin forciert wird) hin und erteilten den örtlichen Parteiorganen Lektionen, wie man die Bauern am besten ansprechen müsse. Zuletzt wurde Zoltan TILDY, der ehemalige Ministerpräsident und Präsident der ungarischen Republik, der acht Jahre unter Hausarrest gelebt hat, vor das Mikrophon "bemüht", um ein "Bekenntnis" für die Kollektivierung abzulegen.

Soweit es die dritte Gruppe, die Intellektuellen, betrifft, fällt der Schriftsteller-Kongress in die Berichtsperiode. Der Kongess wählte am 17. September ein neues Präsidium des ungarischen Schriftstellerverbandes, in dem die Exponenten der stalinistischen Kulturpolitik nicht mehr vertreten sind. An ihre Stelle rückten Schriftsteller, die jahrelang zum Schweigen verurteilt und teilweise inhaftiert waren. Die Reaktion der Parteipresse war nicht unfreundlich. Sie liess lediglich durchblicken, dass man diese Abkehr als zu weitgehend betrachtet.

Ansonsten wurden auch im September die Rehabilitierungen fortgesetzt und eine Rückkehraktion für Emigranten erneut in die Wege geleitet. DieseBemühungen, wie auch der Versuch , die "VaterländischeFront" wieder in Szene zu setzen, stehen unter dem immer wiederkehrenden Motto, wonach die "Einheit der Nation" wiederhergestellt werden soll. Auch spricht man wieder von einem besonderen ungarischen "Nationalcharakter" der bewahrt werden muss, vor allem in der Kunst. (Die Zeitschrift "Uj Hang" vom 1o. Sptember). Die (oppositionellen) literarischen Zeitschriften "Irodalmi Ujsag" und "Muvelt Nep" beschweren sich offen darüber, dass ihre Verbreitung sabotiert wird.

Während das Regime in der Landwirtschaftspolitik auf dem alten Kurs beharrt (nur der Ton den Bauern gegenüber hat sich merklich geändert) werden vereinzelte Stimmen laut, die in der Gesamtwirtschaft ein Mindestmass von Privatinitiative fordern.
Erstmalig wieder wird auch dem Schicksal der ungarischen Minderheiten in den benachbarten Ländern Aufmerksamkeit gewidmet, wobei die jahrelangen jugoslawischen Attacken gegen die ungarische Minoritätenpolitik an der Südgrenze mit einem geschickt getarnten Gegenangriff abgefangen wurden.
Im übrigen werden den gutnachbarlichen Beziehungen zu Jugoslawien und Österreich weiterhin das Wort gerdet. Des weiteren sollen die kulturellen Bindungen an den Westen verstärkt werden. Budapester Theater reisen in einer Art Austauschverfahren in die westlichen Hauptstädte. In Rom, Wien und Berlin soll das "Collegium Hungaricum" wieder errichtet werden. In die Berichtsperiode fällt auch die erste Petöfi-Veranstaltung nach der "Sommerpause", die zwar wieder sehr gut besucht war, aber die sonst übliche Dramatik vermiessen liess.

Auf dem Erziehungssektor sollen neue, "fortschrittlichere" Methoden eingeführt werden. "Bisher waren die Schulbücher voll von leeren Phrasen..., und nicht geeignet, das Denken der Schüler zu beeinflussen..." (Radio Kossuth vom 5. September).
Zu den wenigen Justizreformen zählt eine Gesetzesvorlage des Ministerrates über die rechtlichen Massnahmen bei der Schwangerschaftsunterbrechung. Im Vergleich zur bisherigen Praxis sieht die Vorlage nicht mehr so strenge Massnahmen gegen die Ärzte und Mütter vor. In Zukunft darf die Unterbrechung der Schwangerschaft nicht bestraft werden, wenn sie von einem amtlich anerkannten Institut vorgenommen wird (Radio Budapest vom 28. September).

Seit längerer Zeit gab es in Ungarn auch wieder einen grösseren Prozess, bei dem harte Strafen verhängt wurden. Vor dem Obersten Gerichtshof wurde der "kriminelle Fall" einer 17-köpfigen Gruppe verhandelt, die das Regime stürzen wollte. Jeno SUJANSZKY, der Anführer der Gruppe und ehemaliger Schüler der Militärakademie "rekrutierte seine Anhänger aus Familien von Horthy-Offizieren". Plan der Gruppe war es, "das volksdemokratische Regime im Falle einer imperialistischen Intervention zu stürzen". Die Angeklagten waren "geständig." Das Gericht verhängte folgen Strafen: SUJANSZKY zu 13 Jahren, die übrigen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 2 bis 9 Jahren (Radio Budapest vom 14. September).

B. Innenpolitik

1) Die "Demokratisierung"

Die Bemühungen, die Parlamentsarbeit zu "reformieren" und der Nationalversammlung den Wharakter einer echten Volksvertretung zu geben, werden vom Regime fortgesetzt:

Der Ministerrat befasste sich in einer Resolution mit der Arbeit der Abgeordneten. Ihnen müsse bei Behörden grösste Unterstützung zuteil werden, weil sie bei ihren Interventionen die "legalen Rechte der Wähler vertreten" (Radio Szabadsag 5. September).

"Der stellvertretende Ministerpräsident Ferenc ERDEI, der gleichzeitig Abgeordneter des Wahlkreises Bacskiskun ist, traf heute in Kecskemet ein, um mit Vertretern der Stadt Fragen der Kommunalpolitik, insbesondere aber Probleme des Wohnungsbaues zu besprechen. Auf der Grundlage dieser Gespräche und seiner dort gesammelten Erfahrungen wird er den betreffenden Regierungsstellen geeignete Vorschläge unterbreiten." (Radio Kossuth 7. 9.)

"Der Abgeordnete für den Wahlkreis Bekes, Minister Andras Szobek, sprach zu seinen Wählern in Bekscsabs. Er erhielt wertvolle Anregungen." (Radio Budapest vom 15. 9.).

Dass im Rahmen der "Demokratisierung " auch für die "Unabhängigkeit von Presse und Rundfunk" eingetreten werden kann, zeigt folgende Nachricht:

"In Beantwortung des Vorschlagesdes Ministers für Kultur, Jozsef Darvas, wonach der ungarische Rundfunk dem Ministerium unterstellt werden soll, erklärte der stellvertr. Direktor des ungarischen Rundfunks Laszlo Hartai: "Dieser Vorschlag ist in Rundfunkkreisen nicht gut angekommen. Seine Verwirklichung würde im Widerspruch zur gegenwärtigen Entwicklung stehen... Genosse Darvas müsste aus seiner Erfahrung wissen,... dass beim Ministerium ... gewisse Fesseln angelegt und bürokratische Massnahmen ergriffen werden. Seine Erklärung hat uns sehr überrascht, insbesondere der Teil, in dem von der Schaffung eines Inspektorrats für den Rundfunk die Rede ist..." (Radio Budapest 15. 9.).

Am 16. 9. wurde die Frage der Demokratisierung erneut vom parteiamtlichen "Szapad Nep" aufgegriffen. Es heisst dort u.a., dass immer noch Fehler begangen würden und Überreste alter Methoden bemerkbar seien. Es gehe nicht nur um die Einheit der Partei, sondern um die Einheit der Nation ... Schöpferische Kritik im Parlament, in den Betrieben und in der Presse... das ist der Wunsch der ganzen Nation und das ist die Politik, die unsere Regierung eingeschlagen hat. "Die wichtigste Idee der Juli-Resolution ist die Ausweitung der Demokratisierung."

In der Parteipresse wird erneut betont, dass trotz aller Fehler und Unzulänglichkeiten die "sozialistische Demokratie" vor ihrer Verwirklichung stehe. Aber jetzt schon ist "unser System tausendmal demokratischer, als jene im kapitalistischen Westen" (Szapad Nep). Die Zeitung "Beke es Szabadsag", die öfters aus der Reihe zu tanzen pflegt und einen antistalinistischen Kurs forciert, schreibt dazu in bemerkenswerter Offenheit:

"Es ist nun erlaubt, ja sogar populär geworden, in den Volksdemokratien Kritik zu üben. In den kapitalistischen Ländern ist das seit jeher eine alltägliche Erscheinung, ohne dass die Journalisten, die ihre Regierung angreifen, mit Vergeltungsmassnahmen zu rechnen haben.... Bei uns ist der Kritik eine ganz andere Rolle zugedacht ... sie hat eine andere Bedeutung und andere Ziele. Die Tatsache allein, dass eine Zeitung einen führenden Funktionär kritisiert, bedeutete keinesfalls, dass unser Regime demokratischer ist als die kapitalistischen Systeme des Westens."

2) Die Vaterländische Front

"Der Bezirksausschuss der Vaterländischen Front veranstaltete in Budapest eine Massenversammlung von Arbeitern, Bauern und Intellektuellen. Es sprach der stellvertretende Ministerpräsident Gyorgy Marosan". (Radio Budapest, 7. 9.).

"Die Vaterländische Front in Gyula veranstaltete eine Versammlung der 'Weißen-Kragen-Arbeiter', um verschiedene Aspekte der Juli-Resolution in Bezug auf die Intellektuellen zu diskutieren. Ein Sprecher erklärte, man müsse aufhören, von "reaktionären Gesellschaftsschichten" oder, wie im Fall der Stadt Gyula, von einer "reaktionären Stadt' zu sprechen. Dadurch sei Gyula in den Hintergrund gedrängt und zur Bedeutungslosigkeit verurteilt worden. Der Stadt müsse wieder jener Platz eingeräumt werden, den sie auf Grund ihrer Grösse verdiene." (Radio Budapest, 1o.9.).

Und "Szapad Nep" schrieb in einem Leitartikel am 16. September u.a.:

"... die Vaterländische Front ist die grösste demokratische Vereinigung... dieses Organ kann alle Schichten der Bevölkerung erfassen... Mitglieder ehemaliger demokratischer Parteien und deren Führer haben ebenfalls ihren Platz in der Vaterländischen Front..."

3) Rückkehr von Emigranten

Mit der Rückkehr des bekannten ungarischen Schauspielers Antal Pager (Radio Kossuth vom 31. August) wurde eine neue Propagandawelle eingeleitet, die auf die Rückkehr der Emigranten abzielt. Im Vergleich zu den früheren Bemühungen in dieser Richtung unterscheidet sich die Aktion in erster Linie

durch eine freundlichere Haltung den Emigranten gegenüber.
"Szapad Nep' gab in diesem Zusammenhang zu, dass sich 1,5 Millionen Ungarn ausserhalb der ungarischen Staatsgrenzen befinden und erklärte "Für sie sei bisher viel zu wenig getan worden". Während aber das Parteiorgan, das zwischen "gutgesinnten und böswilligen Emigranten" unterschieden wissen will, die Flucht als ein Vergehen bewertet, das "vergeben werden kann", wurden im September verschiedene Stimmen laut, die auf diese Simplifikation der Parteizeitung nicht eingingen.
So stellte sich der Chefredakteur des Senders Szulofoldunk in einem "Magyar-Nemzet"-Artikel vom 9. September auf den Standpunkt, dass die Flucht vieler Emigranten gerechtfertigt war. Istvan Gati schreibt u.a.:

> "... besonders nach 1947 hatten viele Grund zu fliehen... Sozialisten, Bauernvertreter und Journalisten flohen in den Westen ... weil sie der Ansicht waren, dass sie nur die Flucht vor einer gesetzwidrigen Verhaftung und Einkerkerung bewahren würde..."

Und in einem weiteren Artikel nennt GATI die Einstellung einiger Emigranten und Exilzeitschriften "nüchtern und intelligent."

Die Rückkehraktion wendet sich auch an die zahlreichen geflohenen Geistlichen. Der Vorsitzende der "katholischen Friedensbewegung", Dr. Miklos BERESZTOCZY erklärte, dass viele Geistliche Ungarn "ohne böse Absichten" verlassen hätten. Sie sollten jetzt von der Amnestie der Regierung Gebrauch machen und in ihr Heimatland zurückkehren. (Radio Budapest, 11.9.)

In einem Kommentar des Senders Szabadsag vom 25. September wird betont, daß man ... die alten Ansichten über die Emigranten revidieren müsse.
Bisher sind nur etwa 400 Emigranten nach Ungarn zurückgekehrt.

4) Kirche und Staat

Am 14. September gab der Budapester Rundfunk bekannt, dass der Justizminister im Zuge der "Schaffung eines geeigneten Verhältnisses zwischen Staat und Kirche" folgende Geistliche amnestiert hat: Laszlo ADAM, Laszlo BISZTRAI, Ivan BRAUN, Imre CSIZMADIA, Peter FEKEDE, Sandor FUZI, Laszlo KITTVA Joszef KELKES, Laszlo MECS, Istvan PALOS, Ferenc SULE, Jeno SUVEGES, Karoly SZAKACS, Bela UDVARHELYI, Vilma VALER und Gyorgy VARGA.

Auch liegen eine Reihe von anderen Meldungen vor, die auf eine gemäßigtere Einstellung des Regimes zur Kirche schliessen lassen. "Magyar Kurir" meldete am 1. September die Entlassung des Bischofs von VAC, Joszef PETERY. Er soll allerdings wegen einer schweren Erkrankung in ein Spital gebracht worden sein. PETERY, ein entschiedener Gegner des Regimes, befand sich seit

1953 unter "Hausarrest".

Am 2. September berichtete Radio Budapest: Das hundertjährige Bestehen des grössten ungarischen Gotteshauses, der Kathedrale von Esztergom, wurde von der katholischen Kirche feierlich begangen. Seit drei Tagen werden Gottesdienste abgehalten, an denen Tausende Menschen aus der Umgebung und aus Budapest teilnehmen.

Innerhalb der katholischen Kirche gibt es noch grosse Gegensätze. Ein Artikel des prokommunistischen Vorsitzenden der "Katholischen Friedensbewegung" Miklos BERESZTOCZY in seinem Blatt "Katholikus Szo" lässt ahnen, welche verächtliche Rolle die Handlanger des Regimes im Priestergewand in der katholischen Gesellschaft spielen:

"Wir verlangen, dass uns die Priester unterstützen und unsere Zeitschriften vor den Kirchentoren verkauft werden können ... jedermann soll darüber aufgeklärt werden, dass er nicht mehr auf die Unterstützung der Kirche rechnen kann, wenn er reaktionäre Flüsterpropaganda fördert oder gegen unsere soziale Ordnung hetzt ... wir fordern, dass unsere Herde über uns so spricht, wie es sich unter Katholiken geziemt ... mit Liebe und nicht mit Verleumdungen und Besudelungen."

5) Die Revolte der Intellektuellen

Das bedeutendste Ereignis des Monats September war zweifellos der Kongress der Schriftsteller, der einer Revolte gegen die Partei gleichkam. Alle prominenten Stalinisten wurden aus dem Präsidium ausgebootet. Das Parteiorgan "Szapad Nep" schrieb dazu am 19. 9.:

"Einige Redner sprachen nicht im Sinne der Juli-Resolution und vergegenwärtigten sich nicht ganz der Bedeutung der Einheit der Partei. Es geht auch nicht an und ist vom Standpunkt der Demokratie aus gesehen verfehlt, wenn einige kommunistische Schriftsteller jetzt in den Hintergrund gedrängt werden."

Die Reaktion der Parteiführung (nach GERÖs Rückkehr) und die weiteren Folgen bleiben noch abzuwarten.

6) Rehabilitierungen

"Der Gesundheitsminister hat den Rektor der medizinischen Fakultät in Debreczin mitgeteilt, dass der Beschluss vom 5. Juni 1951, wonach Prof. Dr. Kalman SANTA von der Fakultät verwiesen wurde, ungültig sei."

(Radio Kossuth vom 7. September.)

"Das ZK hat im Zuge der Rehabilitierungen die grossen Fälle bereits erledigt. Es ist nun Aufgabe der örtlichen Parteiausschüsse, auch die Rehabilitierung der kleinen Leute vorzunehmen. Politische und moralische Rehabilitierung allein genügt nicht, ohne materielle Wiedergutmachung wird die Wunde immer offen bleiben." ("Szapad Nep" v. 11. 9.).

7) Dezentralisierungsmassnahmen

In einer Pressekonferenz befaßte sich Janos SZABO, Minister für Angelegenheiten der Kommunen, mit einigen Aspekten der neuen Dezentralisierungsmaßnahmen. Die Kreisräte könnten in Zukunft einige "brennende Probleme" von sich aus in Angriff nehmen. Letztenendes werde die Aufgabe der örtlichen Industrien darin bestehen, die Bevölkerung mit Konsumgütern zu versorgen. Im übrigen sollen durch die Maßnahmen (größere Vollmachten für die Provinzorgane) gewisse Mißstände behoben werden. Es sei ein Unding, wenn man in Zala Ziegel aus Kecskemet beziehe und umgekehrt, oder wenn die Erzeuger in Kecskemet ihre Hemden nach Budapest schicken müssen und diese auf einem großen Umweg wieder in den Geschäften von Kecskemet landen. (Radio Budapest vom 3. September).

Die Regierung hat eine Verfügung erlassen, wonach den Dörfern mehr Selbständigkeit zugebilligt werden soll. Die Gemeinden haben in Zukunft die Pflicht, Projekte selbst zu planen und durchzuführen, die der Versorgung und der kulturellen Betreuung der Bevölkerung dienen. ("Szapad Nep" vom 5. September).

C. Wirtschaftspolitik

1. Sorgen um "eigenen Weg"

"Damit wir die Ziele erreichen, die wir uns selbst gesteckt haben, müssen uns die Bergarbeiter monatlich 50.000 Tonnen Kohle über den Plan liefern. In der Vergangenheit haben wir den Fehler begangen, ausländische Systeme einfach nachzuahmen, ohne dabei zu berücksichtigen, daß die Situation...bei uns anders ist."

("Zspad Nep" vom 6. Sept.)

Dem "eigenen Weg", auf dem die Wirtschaft nun marschieren soll, sind jedoch Grenzen gesteckt, obwohl "Szapad Nep" erklärte:

"Die Zeit des bedingungslosen Gehorsams und der unfehlbaren Wirtschaftsverordnungen (aus Moskau?) ist vorbei."

Im gleichen Blatt bedauert es Peter ERDOS ("Szapad Nep" vom 16. September), daß sich in ungarischen Wirtschaftskreisen gewisse anti-marxistische Ansichten verbreitet haben. Der Boom in einigen kapitalistischen Ländern hat

einige ungarische Wirtschaftler aus dem Konzept gebracht, sie beginnen nun daran zu zweifeln, "ob unser Kurs richtig war". Weiter heißt es:

> "Sie übersehen dabei, daß es innerhalb des kapitalistischen Systems große Gegensätze gibt. Sie träumen von einem 'organisierten Kapitalismus', in dem es keine Krisen geben wird.
> Neben der Kohle ist das Öl unsere wichtigste Energiequelle. Der erste Fünfjahrplan hat der Entwicklung der Ölgewinnung nicht genügende Aufmerksamkeit gewidmet"
>
> ("Szapad Nep" vom 17. Sept.)

> "Da unsere Partei und Regierung darauf bedacht sind, die vielen Wünsche der arbeitenden Menschen zu erfüllen, müssen viele Ziele im Rahmen der Wirtschaftspläne zurückgestellt werden."
>
> ("Szapad Nep" vom 19. Sept.)

Am 15. September setzte sich ein Regierungssprecher dafür ein, daß Handwerker künftig auch als Selbständige an Private liefern und für sie arbeiten dürfen (Radio Budapest vom 15. Sept.).
Die Zeitschrift "Uj Villag" schreibt, der Verkauf und Ankauf von Autos solle künftig frei von den bisherigen Beschränkungen sein (Staatliche Automobilverkaufsgesellschaft, Genehmigungen usw.)

2. Gewerkschaften und Arbeiter

Am 10. September forderte der Gewerkschaftsvorsitzende Sandor GASPAR grössere Vollmachten für die Gewerkschaftsorgane:

+ Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung der Wirtschaftspläne
+ auf Betriebs- und höherer Ebene
+ Mitspracherecht bei der Ausarbeitung von Lohnsystemen
+ Mitspracherecht bei der Ausarbeitung aller Verfügungen, die die Lebens-
+ und Arbeitsbedingungen und die soziale und kulturelle Stellung der Ar-
+ beiter direkt oder indirekt berühren
+ Ausweitung der Machtbefugnisse auf alle Arbeitsfragen

Abschließend erklärte GASPAR, daß sich die Gewerkschaften vor 1948 und teilweise sogar vor 1949 viel eingehender mit Lohnfragen beschäftigt haben, als nach 1949. Es gehe nun darum, die Lohnfragen wieder in den Mittelpunkt der Gewerkschaftsarbeit zu stellen.
Das parteiamtliche "Szapad Nep" spricht daher in diesem Zusammenhang von der "Wiedergeburt der Gewerkschaftsbewegung" und schreibt am 10. September:

"Es ist vollkommen richtig, daß die Gewerkschaftsführer darangehen, die Lohnpolitik zu untersuchen. Sie sollten auch gegen übertriebene Überstunden einschreiten. Eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit ist es, den Lebensstandard der Arbeiter zu verbessern, wobei wir allerdings klar erkennen müssen, daß die grundsätzlichen Voraussetzungen hierfür die Produktion, die erhöhte Produktivität und die Straffung der Disziplin sind. Das Recht unserer Arbeiter ist unvergleichbar größer, als jenes der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern. Wenn wir noch nicht darauf stolz sein können, daß das Prinzip der Gleichheit und der Demokratie überall verwirklicht wurde, so deshalb, weil in der Vergangenheit auf dem politischen und sozialen Sektor Fehler begangen worden sind."

Aus Anlaß der 9. Plenartagung des Zentralrats der Gewerkschaften umriß der vor kurzem rehabilitierte Chefredakteur der "Nepszava", Zoltan HORVATH, die neuen Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung. Er erklärte, man müsse offen zugeben, daß die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren ihre Mission nicht ganz erfüllt haben. Sie haben sich nur um die Produktionserhöhung gekümmert, die zweite große und nicht minder wichtige Aufgabe, nämlich die Hebung des Lebensstandards völlig außer Acht gelassen. Auch forderte er die Beteiligung von Nichtkommunisten an der Führung.

"Ein erheblicher Teil der organisierten Arbeiter, wenn nicht überhaupt die Mehrheit, ist nicht in der Partei und dieser Tatbestand sollte sich auch bei der Zusammensetzung der Führungsgremien bemerkbar machen."

Zoltan HORVATH war ein Mitglied des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei und Chefredakteur von "Nepszava", als diese noch ein Organ der Sozialdemokratie war. Er war ein entschiedener Befürworter der Zwangsverschmelzung. Im Jahre 1951 wurde er inhaftiert und zur Jahreswende 1955/56 freigelassen. Erst jetzt tritt er wieder mit politischen Erklärungen und Zeitungsartikeln vor die Öffentlichkeit.

Am 14. September berichtete "Szapad Nep" über die Gewerkschaftstagung. Das Blatt schreibt, daß die Gewerkschaftsführer großen Mut gezeigt hätten, weil sie mit den alten Arbeitsmethoden brechen, Fehler korrigieren und ihre künftige Arbeit nur in den Dienst der Massen stellen werden...die Parteiorgane könnten den Gewerkschaften am besten helfen...indem sie mit den häufig anzutreffenden, fehlerhaften Ansichten aufräumen würden, wonach die Gewerkschaften lediglich eine Hilfstruppe der Partei darstellen.

Auf der Tagung des Zentralrates wurde bekanntgegeben, daß der Gewerkschaftskongreß Ende Oktober abgehalten wird.

Wie es in der Praxis mit den elementarsten Rechten der Arbeiter aussieht, zeigt der Fall eines Bergarbeiters, der zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war, weil er seinen Arbeitsplatz ohne "zuständige Genehmigung" wechselte. In der Zeitschrift "Szabad Ifjusag" schreibt dazu Adras TABORI:

"... die Arbeiter haben ein Recht darauf, sich ihren Arbeitsplatz auszusuchen... was hier getan wurde, ist unfair ... auch wenn der Arbeiter heute nicht mehr Kapitalisten gegenübersteht..."

3) Landwirtschaftspolitik und Bauern

Am 1. September gab der ungarische Landwirtschaftsminister Janos MATOLSCI bekannt, dass der Fünfjahresplan eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion um 27 % vorsieht. An der Kollektivierung werde weiterhin festgehalten. Die Unterstützung seitens des Staates und der Partei für die Landwirtschaft könne nur dann eine Produktionserhöhung herbeiführen, wenn Bauern und Kollektive von den "überholten Methoden" abrücken.

Die neuen Massnahmen, die der Ministerrat im Zusammenhang mit der Kollektivierung in der Landwirtschaft ergriffen hat, eröffneten neue Möglichkeiten für die Kollektive, die dadurch zu modernen Großbetrieben erhoben werden könnten. Die mittleren Bauern hätten bereits die Vorzüge der Kollektivierung erkannt.

Inzwischen schreitet die Rehabilitierung der "Kulaken" weiter voran, wobei das Regime offensichtlich bemüht ist, den Bauern gegenüber den richtigen Ton anzuschlagen. Ein Versammlungsbericht, im "Szapad Nep" am 3. September veröffentlicht, ist in dieser Hinsicht aufschlussreich:

"In Nyirgyulaj wurde eine Versammlung mit mittleren Bauern abgehalten, die sich als ein Fehlschlag erwies. Die Partei hat eine Niederlage erlitten. Die Ausführungen des Parteiredners gingen in dem Geschrei der Versammlungsteilnehmer unter. Der Parteifunktionär hat die Parteilinie nicht richtig skizziert. Den Bauern von N. ist bis jetzt noch von niemanden klargemacht worden, dass sie offene Türen einrennen. Wir müssen die Menschen von der Richtigkeit unserer Ansichten überzeugen."

Am 16. September schiebt "Szapad Nep" erneut die Verantwortung auf die örtlichen Parteistellen ab, indem es schreibt:

"Viele Funktionäre drücken sich immer noch darum herum, ihre Fehler einzugestehen, die sie gegen bestimmte mittlere Bauern begangen haben."

Im übrigen fällt auf, dass seit einiger Zeit die Frage von Entschädigungen angeschnitten wird. Frau Janos KOKAI, Sekretärin des Landwirtschafts-Ausschusses der Nationalversammlung, protestierte, daß der Erlaß des

Ministerrats betreffend landwirtschaftliche Genossenschaften nicht zuerst dem zuständigen Parlamentsausschuss zur Beratung vorgelegt worden war. Eine der Fragen, die deshalb noch ungeklärt sind, sei die, ob Mitglieder vonGenossenschaften, die in den vergangenen Jahren ausgeschlossen wurden, deren Land aber weiterhin den Genossenschaften unterstellt bleibt, Anspruch auf eine Altersrente oder eine Entschädigung für ihr Land haben.

Auf der Budapester Landwirtschaftsausstellung wurde der ehemalige Ministerpräsident Zoltan TILDY von Journalisten "entdeckt" und interviewt. Auf die Frage, wie er die Entwicklung der letzten Jahre beurteile, antwortete er ausweichend. Er kenne sie nur aus Zeitungsberichten und dem Rundfunk. Seit seiner Entlassung habe er zwei Kollektive besucht und er glaube, dass die "Kollektivierung eine gute Sache" sei. Auch habe sich die Voraussage nicht bewahrheitet, wonach die Bauern niemals für die Kollektive gewonnen werden könnten. Dieses Interview wurde von Presse und Rundfunk gross herausgebracht.

D. Aussenpolitik

1) Beziehungen zu Jugoslawien und Österreich

Am 6. September gab der österreichische Bundeskanzler RAAB dem Budapester Rundfunk ein Interview. Die Wichtigkeit dieses Ereignisses wird von Presse und Rundfunk ausserordentlich stark betont. "Szapad Nep" widmet der Sache einen Leitartikel, in dem von der "traditionellen ungarisch-österreichischen Freundschaft" die Rede ist.

Auch die Bemühungen um freundschaftliche Beziehungen zu Jugoslawien wurden im September fortgesetzt, worüber unzählige Presseberichte, Rundfunkmeldungen und Kommentare vorliegen.
Am 8. September meldete Radio Kossuth, dass sich der Ministerrat mit der Frage der Wiedergutmachung jener Personen befasst hat, die aus der südlichen Grenzzone (nach Jugoslawien) ausgewiesen worden waren. Den Rückwanderern muss ihr konfisziertes Eigentum zurückerstattet werden. Ausserdem gewährt ihnen die Regierung Aufbaudarlehen und "andere Hilfe".

In diesem Zusammenhang interessiert eine Sendung von Radio Szabadsag vom 17. September, die sich mit einem "Hörerbrief" aus England befasst. Der Hörer hatte Zeitungsausschnitte über die "grauenhafte Behandlung" der ungarischen Minderheit in Jugoslawien eingesandt . Der Sprecher desRundfunks erklärte hierzu, die Ungarn in Jugoslawien seien jetzt in ständigem Kontakt mit ihren Verwandten in Ungarn. Aus ihren Briefen könne man schliessen, dass es in Jugoslawien volle nationale Gleichberechtigung gebe.

2) Ungarische Minderheiten

"Szapad Nep" veröffentlichte am 29. September einen Artikel "Delikate Probleme", der sich mit der Stellung der ungarischen Minderheit in Rumänien befasst. In den vergangenen Jahren sei es unmöglich gewesen, diese Frage anzuschneiden, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, ein "Nationalist" zu sein. Nach dem XX. Parteitag könne man jedoch offen und ruhig darüber sprechen. Es könne nicht geleugnet werden, dass es noch Überreste eines Nationalismus gibt. Aber die Haltung der rumänischen Genossen den dort lebenden Ungarn und Deutschen gegenüber biete Gewähr dafür, dass trotz noch bestehender Differenzen die chauvinistische Vergangenheit überwunden werde.

E) Die ungarischen Streitkräfte

Am 12. September hielten Verteidigungsminister Istvan BATA und seine beiden Stellvertreter SZABO und HAZAI ihre erste Pressekonferenz ab. BATA erklärte, dass die Reduzierung der Armee um 35.000 Mann ihre "Schlagkraft" in keiner Weise beeinträchtigt habe. Weitere Punkte, die von den drei Militärs behandelt wurden:

Eine Herabsetzung der Dienstzeit kann zurzeit noch nicht ins Auge gefasst werden.

Das Ministerium habe versucht, den technischen Hilfsdienst (die Rekruten in dieser Truppe müssen in Bergwerken und in der Bauindustrie arbeiten) abzuschaffen. Die Wirtschaftslage des Landes erlaube dies jedoch nicht.

Offiziere, die in den vergangenen Jahren verfolgt wurden, sollen rehabilitiert werden. Diese Massnahme beziehe sich auch auf ehemalige Horthy-Offiziere, die "gegen den Faschismus gekämpft haben".